

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1908**

6 (8.1.1908)

# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger gestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr. Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einpaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Sed & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Residenz, Legation und Unterh. -Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kappel.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

## Auf zum Protest!

Am nächsten Samstag und Sonntag setzt die schon früher bekannt gegebene notwendige Aktion gegen die drohende Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes ein. Wir bringen in der heutigen Nummer nochmals das jetzt in Baden geltende Vereinsgesetz zum Abdruck und stellen zum Vergleich den Wortlaut des Entwurfes zum neuen Vereinsgesetz darunter. In drei weiteren Nummern geben wir einer eingehenden Kritik des geplanten Reichsvereinsgesetzes Raum. Die Parteigenossen ersuchen wir schon heute, für zahlreichen Besuch der Protestversammlungen zu sorgen.

### Das badische Vereins- und Versammlungsrecht.

Die badische Verfassungsurkunde enthält keine Vorschriften über das Vereins- und Versammlungsrecht. Dieses ist geregelt durch das „Gesetz, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend“, vom 21. November 1867. Das Gesetz gibt Bestimmungen, die für alle Vereine des öffentlichen Rechtes gelten, auch wenn sie sich weder mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, noch eine Einwirkung auf solche bezwecken. Für die Aufnahme von Mitgliedern bestehen keine landesgesetzlichen Beschränkungen. Auch ein unmittelbar wirkendes gesetzliches Verbot von Vereinen oder der Verbindung von Vereinen enthält das Gesetz nicht, ebenso wenig setzt es eine allgemeine Verpflichtung zur Einreichung von Statuten und anderen Nachweisen fest.

Die vereinsrechtlichen Beschränkungen bestehen vielmehr nur in folgendem: 1. Nach § 2 des Gesetzes bedürfen bewaffnete Vereine mit militärischer Einrichtung oder zu militärischen Übungen der Staatsgenehmigung. 2. Ferner ist die Polizeibehörde berechtigt, aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt von den Vorständen oder Mitgliedern eines Vereins über dessen Verhältnisse Auskunft zu verlangen, insbesondere über seinen Zweck, seine Einrichtungen und Verbindungen, seine Vorsteher und Mitglieder (§ 3). 3. Das Ministerium des Innern kann solche Vereine verbieten, welche den Staatsgesetzen oder der Sittlichkeit zuwiderlaufen, oder welche den Staat oder die öffentliche Sicherheit gefährden. Ein solches Verbot erstreckt sich zugleich auf einen angeblich neuen Verein, welcher sachlich sich als Fortsetzung des alten darstellt (§ 4). Bei Gefahr im Verzuge kann die Bezirkspolizeibehörde aus den gleichen Gründen die einseitige vorläufige Schließung eines Vereins auf die Dauer von 14 Tagen anordnen (§ 5). 4. Das Ministerium des Innern kann unter denselben Voraussetzungen, wie sie für das Verbot eines Vereins bestehen, auch die Teilnahme an einem ausmüchtigen Verein oder die Verbindung inländischer Vereine mit auswärtigen verbieten. Die von dem Ministerium erlassenen Verbote sind öffentlich bekannt zu machen (§ 7).

Volkversammlungen unterliegen ohne Rücksicht auf den Zweck, zu dem sie zusammenzutreten, folgenden Vorschriften: 1. Kein Teilnehmer irgend einer Volksversammlung darf Waffen tragen. Auch die Verteilung von Waffen ist verboten (§ 8). 2. Die Polizeibehörde ist zur Überwachung befugt. Die Überwachung kann ausgeübt werden durch den Staatspolizeibeamten oder Entsendung anderer Personen, die von ihm schriftlich beauftragt sind. Ihre Zahl ist gesetzlich nicht beschränkt. Auf ihr Verlangen muß ihnen in der Versammlung derjenige Platz eingeräumt werden, welchen sie sich selbst auswählen (§ 9).

Die Vertreter der Polizeibehörde können Versammlungen auflösen (§§ 10, 4), wenn sie a) den Staatsgesetzen oder der Sittlichkeit zuwiderlaufen; b) den Staat oder die öffentliche Sicherheit gefährden; c) gegen das Waffenverbot verstoßen; d) die Beauftragten der Polizei nicht zulassen oder ihnen den beanspruchten Platz nicht einräumen. Zugleich mit dem Ausspruch der Auflösung einer Volksversammlung haben die Vertreter der Polizeibehörde die Anwesenden aufzufordern, sich ungesäumt zu entfernen. Gegen diejenigen, welche dieser Aufforderung nicht Folge leisten, ist Anwendung von Gewalt zulässig (§ 12). Wenn Gründe vorliegen, welche die Auflösung einer Versammlung rechtfertigen würden, kann die Staatspolizeibehörde die Abhaltung der Versammlung auch im voraus verbieten (§ 11). Eine Verpflichtung, die Veranstaltung einer Versammlung vorher der Polizei anzuzeigen, besteht für Versammlungen in geschlossenen Räumen nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel dürfen nur nach vorausgegangener Anzeige mindestens 48 Stunden vor dem Beginn der Zusammenkunft gemacht werden. Ueber ihre Erstattung ist sofort eine Bescheinigung zu erteilen (§ 10). Fehlen der Anzeige stellt einen weiteren Auflösungsgrund dar (§ 11).

### Das Reichsvereinsgesetz

hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die den Staatsgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln.

§ 2. Jeder Verein, der eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, muß einen Vorstand und eine Satzung haben. Der Vorstand ist verpflichtet, binnen einer Woche nach Gründung des Vereins die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen. Ebenso ist jede Aenderung der Satzung sowie jede Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen einer Woche nach dem Eintritte der Aenderung anzuzeigen. Die Satzung sowie die Aenderung sind in deutscher Fassung einzureichen.

§ 3. Wer eine öffentliche Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten veranstalten will, hat hiervon mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Für Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betreiben der Wahlen zu politischen Körperschaften beträgt die Anzeigefrist mindestens 12 Stunden.

Ueber die Anzeige soll von der Behörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung erteilt werden. Der Landeszentralbehörde bleibt es überlassen, zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen es einer Anzeige nicht bedarf für Versammlungen, die unter Innehaltung der im Absatz 1 bezeichneten Fristen öffentlich gehalten gemacht sind.

§ 4. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde. Die Genehmigung ist schriftlich zu erteilen. Das gleiche gilt von Aufzügen, die auf öffentlichen Straßen oder Plätzen stattfinden sollen. Die Genehmigung ist von dem Veranstalter mindestens 48 Stunden vor dem Beginn der Versammlung oder des Aufzuges unter Angabe des Ortes und der Zeit nachzusuchen. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn aus der Abhaltung der Versammlung oder der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu befürchten ist. Gewöhnliche Leibesübungen sowie Züge der Hochzeitsparaden, wo sie hergebracht sind, bedürfen einer Genehmigung nicht.

§ 5. Jede Versammlung, für die es einer Anzeige, Bekanntmachung oder Genehmigung bedarf, muß einen Leiter haben. Der Leiter, oder, solange dieser nicht bestellt ist, der Veranstalter hat für Ruhe und Ordnung in der Versammlung zu sorgen. Er ist befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

§ 6. Niemand darf in einer öffentlichen Versammlung oder einem Aufzuge, der auf öffentlichen Straßen oder Plätzen stattfinden soll, bewaffnet erscheinen, es sei denn, daß er vermöge öffentlichen Berufs zum Waffentragen berechtigt oder zum Erscheinen mit Waffen behördlich ermächtigt ist.

§ 7. Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausnahmen sind mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.

§ 8. Die Polizeibehörde ist befugt, in jede Versammlung, für die es einer Anzeige, Bekanntmachung oder Genehmigung bedarf, zwei Beauftragte zu senden. Die Beauftragten haben sich unter Kundgebung ihrer Eigenschaft dem Leiter oder, solange dieser nicht bestellt ist, dem Veranstalter der Versammlung zu erkennen zu geben. Den Beauftragten muß nach ihrer Wahl ein angemessener Platz eingeräumt werden.

§ 9. Die Beauftragten der Polizeibehörde sind befugt, von dem Leiter oder, solange dieser nicht bestellt ist, von dem Veranstalter einer Versammlung, für die es einer Anzeige, Bekanntmachung oder Genehmigung bedarf, unter Angabe des Grundes die Auflösung der Versammlung zu verlangen: 1. wenn die Genehmigung nicht erteilt ist (§ 4 Absatz 1 bis 3); 2. wenn die ordnungsmäßige Zulassung der Beauftragten der Polizeibehörde verweigert wird (§ 8 Absatz 1, 2); 3. wenn Bewaffnete, die unbefugt in der Versammlung anwesend sind, nicht entfernt werden (§ 6); 4. wenn Rednern, deren Ausführungen den Tatbestand eines Verbrechens oder eines nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehens enthalten oder die sich verbotswidrig einer nichtdeutschen Sprache bedienen (§ 7), auf Aufforderung der Beauftragten der Polizeibehörde von dem Leiter oder dem Veranstalter der Versammlung das Wort nicht entzogen wird. Wird dem Verlangen nicht entsprochen, so sind

die Beauftragten der Polizeibehörde befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

§ 10. Sobald eine Versammlung für aufgelöst erklärt ist, sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen.

§ 11. Mit Geldstrafe bis zu 600 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle Haft tritt, oder mit Haft wird bestraft: 1. wer als Vorstand oder als Mitglied des Vorstandes eines Vereins den Vorschriften über die Einreichung von Satzungen und Verzeichnissen (§ 2, Absatz 2 bis 4) zuwiderhandelt; 2. wer eine Versammlung oder einen Aufzug ohne die vorgeschriebene Anzeige oder Genehmigung (§§ 3, 4, 5, 7) veranstaltet oder leitet; 3. wer unbefugt in einer Versammlung oder einem Aufzuge bewaffnet erscheint oder sich nach ausgesprochener Auflösung einer Versammlung nicht sofort entfernt (§§ 6, 10).

§ 12. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf die durch das Gesetz oder die zuständigen Behörden angeordneten Versammlungen.

§ 13. Welche Behörden unter der Bezeichnung „Polizeibehörde“ zu verstehen sind, bestimmt die Landeszentralbehörde.

§ 14. An die Stelle des § 72 des Bürgerlichen Gesetzbuches tritt folgende Vorschrift: Der Vorstand hat dem Amtsgericht auf dessen Verlangen jederzeit eine von ihm vollzogene Bescheinigung über die Zahl der Vereinsmitglieder einzureichen.

§ 15. Aufgehoben werden: § 17 Absatz 2 des Wahlgesezes für den deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869. Der § 2 Absatz 2 des Einführungsgesezes zum Strafgesetzbuch für das deutsche Reich vom 31. Mai 1870, soweit er sich auf die besonderen Vorschriften des Landesstrafrechts über Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechtes bezieht, der § 6 Absatz 2 Nr. 2 des Einführungsgesezes zur Strafprozessordnung vom 1. Februar 1877. Die sonstigen reichsgesetzlichen Vorschriften über Vereine und Versammlungen bleiben in Kraft.

§ 16. Unberührt bleiben die Vorschriften des Landesrechts über kirchliche Professionen, Wallfahrten und Wittgänge sowie über geistliche Orden und Kongregationen, die Vorschriften des Landesrechts in Bezug auf Vereine und Versammlungen für die Zeiten der Kriegsgefahr, des Krieges, des erklärten Kriegs- (Belagerungs-)Zustandes oder inneren Unruhen (Aufstands), die Vorschriften des Landesrechts in Bezug auf Verbindungen und Verbände ländlicher Arbeiter und Diensthöten, die Vorschriften des Landesrechts zum Schutze der Feiern der Sonn- und Festtage; jedoch sind für Sonntage, die nicht zugleich Festtage sind, Beschränkungen des Versammlungsrechtes nur bis zur Abendigung des vormittägigen Hauptgottesdienstes zulässig.

### Deutsche Politik.

#### Die Presse über das Königsberger Urteil.

Die „Welt am Montag“, deren Redaktion der frühere Reichstagsabgeordnete von Gerlach wieder übernommen hat, schreibt unter der Spitzmarke „Ein fürchtbares Urteil“:

Der Kaiser wünscht die Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse, und in Königsberg in Pr. ist Samstag der sozialdemokratische Redakteur Mar d a l b wegen Majestätsbeleidigung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden! Wir haben den infrimierten Artikel, der sich mit dem sogenannten Nationaldenkmal in Memel befaßt, genau durchgesehen und müssen gestehen, daß uns nicht nur die entsetzliche hohe Strafe, sondern schon die bloße Tatsache der Strafverfolgung juristisch einfach unfassbar ist. In dem ganzen Artikel ist der Kaiser weder genannt, noch findet sich auch nur eine Anspielung auf ihn. Es ist einfach eine historische Darstellung des Preußen vor 100 Jahren, allerdings vom sozialdemokratischen Standpunkt aus. Mag das Denkmal in Memel noch so scharf kritisiert werden, was hat das mit dem Kaiser zu schaffen? Ist das Königsberger Urteil gerechtfertigt, dann kann ebenso gut jemand wegen Majestätsbeleidigung verurteilt werden, der den Fürsten von Monaco mit kräftigen Ausdrücken beleidigt, denn der Kaiser war bei der Einweihung des Memler Denkmals dabei, der Kaiser verlehrt aber auch mit Albert von Monaco. Ein Glück übrigens, daß das Königsberger Urteil noch vor der Verabschiedung des Majestätsbeleidigungsgesetzes im Reichstage gekommen ist. Denn wenn nach diesem Akte der preußischen Justiz noch irgend ein freimüthiger Parlamentarier einen kaiserschmälernden Majestätsbeleidigungsparagrafen akzeptiert, dann kann er sich dem Vorwurf nicht entziehen, ein Helfer der Reaktion zu sein.

Auch die „Kölnische Volkszeitung“ spricht ihr Bestreben über den Königsberger Richterpruch aus. Die freimüthige Berliner Tagespresse schweigt!

#### Ein neuer „Niedertritt“ der Sozialdemokratie.

Im bayerischen Landtagswahlkreise Schwabach ist, wie schon gestern kurz gemeldet, bei einer Nachwahl die Sozialdemokratie Siegerin geblieben. Der Wahlkreis wurde vakant durch die Mandatsniederlegung des bei der Hauptwahl im Mai v. J. gewählten Liberalen Ribot, der damals mit 2733 Stimmen siegte, während der Bündler 2154 und der Genosse Hierl nur 1912 Stimmen erhielt. Die Sozialdemokratie stand also mit ihrer Stimmzahl an letzter Stelle, was auch so ziemlich dem bisherigen Verhältnis bei

allen sonstigen Wahlen entsprach. Nun hat sich aber ein großer Umschwung vollzogen. Die Sozialdemokratie rückte mit 2607 Stimmen an die erste Stelle vor, der Liberale Kahl erhielt 2236, der Bündler 2174 Stimmen. Die Liberalen verloren nahezu 500 Stimmen, während wir 700 Stimmen gewannen. Da bei den bayerischen Landtagswahlen die relative Mehrheit entscheidet, ist der Sozialdemokrat Hierl gewählt.

Dieser glänzende Sieg ist außerordentlich bemerkenswert. Von unserer Seite wurde der Wahlkampf nicht unter den Gesichtspunkten der bayerischen Landespolitik, sondern unter denen der Reichspolitik im Reiche geführt. Die sozialdemokratischen Programmforderungen wurden mit aller Schärfe betont. Auf liberaler Seite hatte man eine besonders „zugkräftige“ Größe, den Münchner jungliberalen Rechtsanwalt Kahl dazu ansetzen, die Position zu behaupten. Der Liberalismus entfaltete die ungeheuerlichsten Kräfteanstrengungen und überdramatisierte den Wahlkampf mit seinen „berühmtesten“ Männern, aber alles war vergeblich: das Fazit ist für ihn ein erheblicher Stimmenrückgang und für die Sozialdemokratie ein glänzender Sieg. Das Wahlergebnis ist nichts anderes als eine entschiedene Verurteilung der Reichspolitik. Das Volk fängt an, aus dem Sottentotentumel zu erwachen!

Ein Jahr ist genug!

Neunzig Millionen können jährlich gespart werden an den 1900 Millionen jährlich angelegten Militärausgaben, wenn die militärische Dienstzeit auf ein Jahr herabgesetzt wird. So steht in dem Zentrumsblatte „Bayer. Kurier“ ein militärischer Mitarbeiter auseinander. Er beruft sich dabei auf eine frühere ausführliche Behandlung des Themas und schildert die Möglichkeit der Herabsetzung im einzelnen wie folgt:

„Wenn die Rekruten in der ersten Januarwoche einrücken, dann sind dieselben Ende März mit der sogenannten Einzelausbildung fertig, für die Jugendschule genügen acht Tage, für die Kompanieausbildung drei Wochen; der Monat Mai sei hauptsächlich für die Ausbildung im Gelände und im Felddienst gleichfalls den Kompanien zugewiesen, wobei aber herabgehoben wird, daß Geländebildungen schon von der ersten Woche an mit den Rekruten vorgenommen werden. Das Bataillonsexerzieren beginn die Übungen im Bataillon finden statt im Monat Juni. Für Nachübungen, Felddienst, Schießen, das mit den Rekruten anfangs Februar begonnen wird, bleiben drei Wochen im Juli referiert. Vom 20. Juli bis 20. August finden Kompanie- und Bataillonübungen statt; vom 1. bis 7. September Übungen im Regiment, an welche sich bis zum 1. Oktober die Herbstübungen anschließen. Die Monate Oktober bis Ende Dezember sind zur Nachhilfe in der Einzelausbildung, speziell zum Schießen, zu Felddienst und Garnisonübungen zu verwenden. Sämtliche Übungen hätten nur in Kriegsstärke Verbänden stattzufinden und würden zu diesem Zwecke beim Kompanie-Exerzieren die Mannschaften von je zwei Kompanien zu einer Exerzierkompanie zusammengestellt, während für die Übungen des Bataillons im Monat Juni und für die Herbstübungen ganze Jahrgänge der Reserve zur Auffüllung der Abteilungen auf Kriegsstärke einzuberufen wären. Anstatt zu einer Übung im Reserveverhältnis würde jeder Mann zu zwei Übungen in der Dauer von je drei Wochen einberufen, man könnte sich um den Preis der Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr zu einer dritten Reserveübung sehr wohl verstehen. Darüber, daß schon heute diese Herabsetzung möglich ist, besonders im Hinblick auf die vereinfachten, aber immer noch einer weiteren Vereinfachung fähigen Exerziervorschriften, sind sich alle militärischen Fachleute klar, wenngleich gar manche dieses nicht zugestehen wollen. . . Die jährliche Ersparnis dieser Durchführung würde 90 Millionen Mark betragen, abgesehen von der persönlichen Entlastung der einzelnen.“

Wir sind in militärischen Dingen nicht sachverständig genug, um die Einzelvor schläge des militärischen Mitarbeiters zu beurteilen. Daß es aber in der Tat möglich ist, den Soldaten das Notwendige des militärischen Dien-

tes in einem Jahre beizubringen, darüber kann ein Zweifel nicht bestehen. Wird nun aber das Zentrum den in seiner eigenen Presse gemachten sachverständigen Vorschlag aufnehmen? Bei den Sozialdemokraten würde es dafür die lebhafteste Unterstützung finden, die das Zentrum den Bemühungen unserer Genossen auf eine Herabsetzung der Dienstzeit bisher nicht hat angebeihen lassen. Wir fürchten, daß das Zentrum auch der Mahnung aus den eigenen Reihen nicht folgen wird; es hat sich so in den Bewilligungseifer für alle Militärauforderungen verstrickt, daß es nicht mehr loskommt.

Rusland.

Frankreich.

Der „Matin“-Skandal. Die Samstag-Ausgabe der „Humanitee“ bringt eine weitere interessante Enthüllung zu dem „Matin“-Skandal. Der „Matin“ hat bekanntlich immer geleugnet, etwas mit der bekannten Expedition Blanchet durch die Sahara zu tun gehabt zu haben und lehnte es deswegen auch ab, die 64 000 Franken rückständigen Schulden an die Regierung zu bezahlen. Jetzt bringt die „Humanitee“ einen Passus aus dem Protokoll einer Generalversammlung der „Matin“-Aktien-Gesellschaft vom 29. März 1901 zum Abdruck. Da berichtet u. a. der Aufsichtsrat: „Wir haben die Expedition Blanchet organisiert zu dem Zwecke, um eine Eisenbahn durch die Sahara vorzubereiten, durch welche unsere Kolonien im Nord-Westen Afrikas einen weiteren, größeren Aufschwung nehmen würden“. Es wird dann weiter mitgeteilt, daß der Leiter der Expedition Mr. Blanchet leider vom Tode ereilt sei, daß diese nunmehr die Regierung selbst weiter führe. Dann heißt es: „Der „Matin“ kann stolz sein, zu diesen Erfolgen beigetragen zu haben. Die Kosten, welche diese Expedition verursacht hat, sind in den Profiten und Verlusten der vorgelegten Abrechnung mit enthalten“. Hier rühmt sich also die Verwaltung des „Matin“, die Expedition selbst organisiert und selbst bezahlt zu haben. Als es dann wirklich ans Bezahlen ging, zog sie sich behelnden in den Hintertürrück.

Rusland.

Zu wenig Gefängnisse. Die Hauptgefängnisverwaltung konstatiert, daß die Gefängnisse im Reiche total überfüllt sind. Die Zahl der Inhaftierten erreicht in diesem Jahr die Höhe von 140 000 Personen beiderlei Geschlechts. Unter welchen Bedingungen sie leben ist daraus ersichtlich, daß ein Sechstel der bedeutendsten Gefängnisse vor 1825 erbaut worden ist. Die Gesamtzahl der Gefangenen übersteigt nach offiziellen Angaben die zulässige Maximalzahl um 34 000 oder 32 Prozent. In Wirklichkeit jedoch ist diese Zahl bedeutend größer.

Um diesen Uebelständen „abzuhelfen“, projiziert die Hauptgefängnisverwaltung eine grundlegende „Reform“ des gesamten Gefängniswesens, zu deren Durchführung mindestens 25 000—30 000 neuer Einzelzellen und eine enorme Verstärkung des Gefängnispersonals erforderlich sind. Gegenwärtig hat die Hauptgefängnisverwaltung ein detailliertes Projekt über die Errichtung von vierzehn neuen Gefängnissen, das einen Aufwand von 6 Millionen Rubel erfordert, in das Ministerium des Innern eingebracht. — Und da sagt man noch, die russische Regierung tue nichts für das Volk!

Badische Politik.

Und nochmals die Knechtschaft des Subalternbeamtenstums.

Genosse Frank schreibt uns: Im Vorwort meines Werkes habe ich hervorgehoben, daß ein großer Teil der Tagespresse für mittlere Beamte nicht in dem Maße einzutreten gewillt sei, wie dies im Interesse der Sache notwendig wäre und dabei wörtlich bemerkt: „Die Ursache liegt auf der Hand: Ohne Angriff auf die Regierung und die höheren Beamten ist ein erfolgreicher Kampf nicht möglich.“ In dem nun seit Wochen

tobenden Zeitungskampf hat sich die nationalliberale Presse — mit Ausnahme der „Konstanzer Zeitung“ — so benommen, wie meine Freunde und ich es erwartet hatten. Sie ist nicht auf den Inhalt meiner Anklagen eingegangen, sondern hat sich wieder der „Karlsruher Zeitung“ angeschlossen. Ein solches Verfahren wird gewiß nicht dazu beitragen, der „liberalen“ Partei mittlere Beamte zuzuführen, denn diese hat sie nicht getäuscht. Diese Beamtenkategorie spürt jeden Tag am eigenen Leibe, daß meine Ausführungen nur zu berechtigt sind. Für eine freie und unabhängige Presse wäre es doch in der Tat eine schöne Aufgabe gewesen, das vom Justizministerium beliebte „Disziplinaverfahren“ kritisch zu beleuchten. Nichts von dem. Man drückt beide Augen zu und findet es ganz in der Ordnung, daß man einen Beamten mit 18jähriger Dienstzeit ohne weiteres auf die Straße setzt und ihn noch, entgegen der Wahrheit, als Beamten mit „fortgesetzt schlechter Dienstführung“ brandmarkt. Dieses Gebahren richtet sich von selbst. Die Herren zerbrechen sich dann gelegentlich wieder einmal die hochweisen Köpfe darüber, warum es mit der liberalen Partei so furchtbar bergabwärts geht. Der Erfolg meiner Broschüre und die Haltung der Regierung hätte doch die Deutschen belehren sollen, daß etwas faul ist im Staate Baden. Statt dessen wird, wie es die hohe Regierung wünscht, auf dem Verfasser nach Dergenslust herumgetrommelt. Die „Badische Landeszeitung“ bringt in ihrer Nummer 603 vom 30. Dezember 1907 einen echt nationalliberalen Artikel, trefend von fatter Euphorie und zahlungsunfähiger Moral, im übrigen aber durch keinerlei Sachkenntnis getrübt. Der Heulmaier-Artikler schreibt: „Die einzelnen Beamtenkategorien sind ja in Vereinen organisiert, und es wird die dringende Aufgabe dieser Vereine sein, das Reformbedürftige zusammenzustellen und die Abänderung zu begründen, soweit das noch nicht geschehen sein sollte.“ Ich kann dem Herrn nur dringend raten, zunächst meine Broschüre zu lesen; er wird dann finden, wie ich und die Mehrzahl meiner früheren Kollegen über die von Subalternbeamten gegründeten Beamtenvereine und ihrer Presse denken. Ein pensionierter badischer Rechnungsrat schreibt mir unterm 26. Dezember 1907: „Die Wurzel des Übels, gegen welches wir kämpfen, liegt im vollständigen Mangel an Zusammengehörigkeitsgefühl, an „Corpsgeist“; bei den meisten Nichtakademikern stehen an jener Stelle der Reiz, die Mühsamkeit und ähnliche schöne Eigenschaften (herabgerufen durch die auf Seite 12 meiner Broschüre näher bezeichneten Ursachen). Die Akademiker dagegen — allen voran natürlich die Gelehrten des Rechts und des Unrechts — halten zusammen wie die Ketten, wenn es gilt, die Klüft zwischen ihnen und den übrigen Beamten zu erweitern und zu vertiefen. Nur so ist es zu erklären, daß von den 30—35 Vertretern von Beamtenvereinen, die ich zur endgültigen Festlegung einer von mir entworfenen Vorlesung an die Landstände zusammenberufen hatte, nicht zwei sich fanden, die mit mir jene Forderungen eines gleichen Beamtenrechts mit zu unterschreiben bereit waren.“ Durch die Unfreiheit des Beamtenstums wird eine fruchttragende Ausnützung des Koalitionsrechts illusorisch. Geradezu charakteristisch für diese Vereinigungen ist die Tatsache, daß ihre Vorstandsmitglieder vielfach in den Ministerien und Direktionen sitzen. Es ist nun ganz natürlich, daß diese „Interessengerechten“ ängstlich darauf bedacht sind, oben nicht anzustoßen, um ihren Platz an der Sonne nicht zu gefährden. In Eingeweihtenkreisen bezeichnet man sie deshalb treffend mit dem Ausdruck „Oberkammer“. Außerdem aber gibt es doch eine Reihe von Umständen, die dem Subalternbeamten das Leben so sauer machen, die aber im Gesetzgebungs- und Verwaltungswege überhaupt nicht zu beseitigen sind.

Nun zu der „anonymen“ Postkarte. Im Sommer 1905 erschienen in einem Lehrersblatt eine Reihe heftiger Angriffe auf den Gerichtsschreiberberufstand. Die Funktionen des Gerichtsschreibers wurden ordentlich heruntergerissen und schließlich dem Sinne nach — ich zitiere aus dem Gedächtnis — behauptet: Hier (nämlich bei den Lehrern) handelt es sich nicht nur um die Ausfüllung von Formularen, so schmerzlich es sein mag, wenn ein Vogel verpufft ist, sondern um das Liebest und Feuerste, was ein Volk hat: Um seine Jugend. Jeder urteilsfähige Mann wird zugestehen müssen, daß dieser Vergleich zwischen den Aufgaben der Lehrer und der Gerichtsschreiber so unglücklich wie nur möglich ist. Die Aufgaben dieser beiden

Der Holzhändler.

Roman von Max Kreyer.

(Nachdruck verboten.)

Dulsters schwieg längere Zeit. Aber während er wie unruhig Buchstaben in den Erdboden ritz, dachte er daran, wie Passen ihm damals am ersten Abend der Bekanntschaft ganz dasselbe gesagt hatte. Gewaltsam unterdrückte er seine Erregung; dann begann er wieder: „Nun sagen Sie mal — Wenn Sie nun halt des Kerls Ihre Frau erschlagen hätten, würden Sie dann Reue empfinden, auch wenn Sie geföhnt hätten? Denken Sie einmal nach.“

Hannemann nickte eine Weile schweigend vor sich hin; dann erhob er den Kopf und sagte mit einer gewissen Bestimmtheit: „Ja, ja, Herr Dulster. Menschen, die man lieb hat, det is doch ja wat anders. Und id habe meine erste eejentlich lang lieb gehabt. Det merkt id jetzt erst, wo je nich mehr is. Wenn se ooch 'n bißchen schlecht war, det lag vielleicht in de Verhältnisse. 'n Mensch, den man lieb hat, is doch immer 'n Stück Seele von uns. Id hätte ja ooch meine Liebe niemals ansehen können, ohne Reue zu empfinden. Die Sühne wär' man 'n schwaches Pfaster jehewesen. Höchstens, det id stolz drauf jehewesen wäre, jehemal mehr jeheliten zu haben, als die Dote.“

Dulster erhob sich und unterdrückte einen leichten Seufzer. Dann, als er den Blick wieder auf den Erdboden richtete, erschrak er. Er hatte „Olga“ geschrieben, ohne es zu wollen. Sofort oerwühlte er wieder die Buchstaben. „Lassen Sie es sich gut gehen, Hannemann“, sagte er dann und reichte ihm die Hand. Langsam, die Hände mit dem Stod auf dem Rücken, ging er sumend fort.

XI.

Im Frühjahr des nächsten Jahres trat ein Ereignis ein, das Otti tief betrübtete, das sie aber schließlich über sich ergehen lassen mußte. Passen, der sich schon durch verschiedene wissenschaftliche Werke einen Namen gemacht hatte und bestrebt war, sich als Privatdozent zu habilitieren, schloß sich einer Naturforscher-Expedition nach Süd-Amerika an. Die Reise war auf ein Jahr berechnet. Es gab Tränen und lange Erörterungen, über die aber die feste Zuversicht Passens siegte. Dulster war derjenige, der Otti am meisten beruhigte.

„Naturforscher können doch ihre Entdeckungen nicht in der Stube machen.“ sagte er, „er kann euch doch nicht mit in den Urwald nehmen.“

Der Staat unterstützte die Expedition und so nützte er auch diesen Umstand aus, seiner Tochter die Folgen davon im besten Lichte auszumalen. Er ließ die Aussicht auf den „Professor“ durchleuchten und auf Ehrungen aller Art. Passen war über diese Hilfe so erfreut, daß er seinem Schwiegervater fröhlich die Hand schüttelte und ihm im Innern manches abbat, was er ihm in letzter Zeit durch sein Verhalten angetan hatte.

Dulsters freute sich seines diplomatischen Kniffs. Eigentlich war ihm die längere Abwesenheit seines Schwiegervaters sehr angenehm, denn er durfte dann Otti und ihre Töchterchen ganz allein um sich haben.

So dampfte Passen also ab, ohne viel darüber nachzudenken, wie sich während seiner Abwesenheit die Familienverhältnisse entwickeln könnten. Regelmäßig eintreffende Briefe dienten Otti zur Beruhigung und auch Dulsters fühlte sich seelisch gefestigt. Das Unbehagen, das er so oft in der Nähe Passens empfunden, hatte einem wohligen Gefühl Platz gemacht. Nun, da sein Schwiegervater weit entfernt war, empfand er erst recht, wie er ihn gefürchtet hatte. Die Gewohnheit des Tages hatte ihn allmählich wieder hoffnungsvoller gemacht. Er fand plötzlich, daß es mit dem Verlaufe seines Geschäftes keine große Eile zu haben brauche und daß er eigentlich noch zu jung sei, um sein Leben in Unstätigkeit zu beschließen. Gestärkter, wie er sich fühlte ging er wieder regelmäßiger nach dem Kontor, machte auch hin und wieder eine kleine Reize, die sich aber nur auf Tage ausdehnte.

In diesem künstlichen Gleichgewicht seiner Seele, in dem der Bewußtseinskampf eigentlich nur Ruhepausen hatte, erwachte der Wunsch in ihm, Passen möchte niemals mehr zurückkehren und sein Geheimnis mit ins Grab nehmen. Er dachte gar nicht an den Schmerz Ottis, auch nicht an das Sündhafte seines Gebahrens; viel weniger noch wurde er dabei von irgend einem Nachgefühl gegen Passen geleiht. Wie er sich daran gewöhnt hatte, in allen Vorgängen, die sein jetziges Leben betrafen, eine geheimnisvolle, höhere Bestimmung zu erblicken, so hätte er einen unerwarteten Tod Passens als eine Art Ausgleich angesehen. Es stand unerschütterlich in ihm fest, daß sein Lebensabschluß Passen jederzeit willkommen wäre, damit das „Stelet in Hause“ nicht mehr gesehen werde, und so fand er nichts Verwerfliches

darin, Passen dasselbe zu wünschen. Denn von einer Seite mußte der Frieden kommen. Er wußte zwar, daß er ihn innerlich noch nicht gefunden hatte und niemals finden werde, aber äußerlich konnte er doch eintreten.

Die Unterhaltung mit Hannemann. Das vom Holzhof war nicht ohne Eindruck auf ihn geblieben. Was er sich damals beim Aufsuchen der alten Eiche in neuerwachter Brutalität gesagt hatte, daß er nochmals eine ähnliche Tat begehen könnte, war ihm längst wie ein freudhaftes Selbstgeständnis erschienen, das ihm nur vom alten Teufel eingegeben sei. Die Reue nagte an seinem Herzen, die tiefe, reine Reue, die ihn dazu trieb, zu Gott seine Zuflucht zu nehmen; nicht um sich über das böse Gewissen hinwegzutäuschen, sondern weil er ein inneres Bedürfnis dazu empfand. Sonntags ging er regelmäßig in die Kirche und nahm in einer verlorenen Ecke Platz, wo man ihn kaum kannte. Er sang nicht mit, er betete nicht, er hörte wohl auch kaum auf die Predigt, aber er empfand mit wahrer Inbrunst die weisheitvolle Stimmung in sich selbst, die noch durch den Klang der Orgel gehoben wurde. Er bildete sich ein, Gott näher zu sein als die übrigen und wenn er wieder hinaustrat an das blendende Licht des Tages, dann glaubte er etwas von jener innerlichen Sühne mit sich herumzutragen, die Passen ihm empfohlen hatte.

Otti, die mit dem Kinde regelmäßig bei ihm spielte und die ihn immer nur als einen in religiösen Dingen sehr freien Geist kennen gelernt hatte, begriff sein neues Wesen nicht recht und fragte ihn mehr als einmal, ob er auf seine alten Tage noch fromm werden wolle.

„Man sollte die Kirchen offen lassen für alle diejenigen, die sie aufsuchen wollen.“ gab er kurz zurück, ohne weiter auf das Thema eingugehen. Er bildete sich nun ein, das Essen schmecke ihm besser und er werde mehr Schlaf in der Nacht haben. Stellte sich dann die alte Unruhe wieder ein, so betäubte er sich auf seine alte Weise. Er setzte sich abends in sein Arbeitszimmer, ließ sich von Friedrich eine kleine Weinbatterie vorsetzen, trank übermäßig und rauchte dazu schwere Zigarren. Zu Döppel ging er gar nicht mehr, denn er mißte die alten Bekannten, wie man Leute meidet, denen man anzusehen vermerkt, daß sie alles wissen, was man verschweigt.

(Fortsetzung folgt.)

Stände sind so grundverschieden, daß ein Vergleich über die Wertung der Funktionen überhaupt nicht gezogen werden kann. Daß diese Gerabsetzung der Gerichtsschreiberbeamten bei diesen sehr böses Blut gemacht hat, ist ja selbstverständlich. Deshalb ließ ich mich dazu verleiten, an den Herrn Verfasser eine Karte zu schreiben, die dieser Mißstimmung Ausdruck gab. Diese Karte wurde mit unbestimmter Handschrift angefertigt und an meinem damaligen Wohnort zur Post aufgegeben. Der Inhalt ließ gar keinen Zweifel darüber zu, daß sie nur von einem Gerichtsschreiberbeamten herrühren konnte, der in Konstanz seinen Wohnsitz hat. Weil darin bloß die allgemeine Stimmung der Gerichtsschreiberbeamten skizziert war, unterließ ich es, die Karte zu unterzeichnen in der Annahme, daß es auf den Namen des Schreibers, der ja jederzeit sofort festgestellt werden konnte, gar nicht ankomme. Ich gestehe offen ein, daß dieses Verfahren ein sehr unvorsichtiges war, weil man, wie ich in der Zwischenzeit zur Genüge erfahren habe, von seinem Mitmenschen gleich das Schlechteste zu denken geneigt ist. An dem gleichen Tag, an dem ich in Erfahrung brachte, daß man so großes Gewicht darauf lege, den Namen des Schreibers zu erfahren, habe ich mich auch als Verfasser bekannt und betonte, daß ich für die Folgen meiner Handlungsweise auch einstehen. Nebenbei habe ich der Gerichtsschreiberbeziehung entnommen, daß auch auf der Gegenseite in gleicher Weise gefehlt worden ist. Der objektive Beurteiler wird zugestehen müssen, daß hiernach meine Verfehlung in wesentlich anderem Maße erscheint, als sie der gehässige Artikelsschreiber darzustellen für gut fand, abgesehen davon, daß ich damals nicht im öffentlichen Leben stand wie heute. Der „Arbeitersekretär“ hat mit dieser Sache gar nichts zu tun.

Der Herr Artikelsschreiber spricht mir ferner, als einem wegen „Unpünktlichkeit“ im Dienst entlassenen Beamten, das Recht ab, über Beamtenrecht zu schreiben. Ich glaube, wenn jemand allen Anlaß dazu hat, gerade über „Beamtenrecht“ zu schreiben, so ich. Will man Beamten mundtot machen, die nach Ansicht der Anstellungsbehörden einmal „unpünktlich“ waren, so würde ich mich in guter Gesellschaft befinden. Ist es dem Herrn unbekannt, daß sich Richter im badischen Staatsdienste befinden, die früher einmal durch Urteil des Disziplinargerichtshofes ihrer richterlichen Würde entkleidet wurden, heute aber lustig wieder Verbrecher verdonnern? Diese Beamten würden sich höchstens dafür bedanken, wenn ihnen durch die „Badische Landeszeitung“ auf Lebenszeit das Recht verjagt würde, in öffentlichen Angelegenheiten mitzusprechen.

Frankfurt a. M., 3. Januar 1908.

Friedrich Frank, Arbeitersekretär.

Von der Hardt

Schreibt man uns: Seitens der Landwirte unserer Gegend ging folgendes Schreiben an den Vorstand der Vereinigten Brauereien von Karlsruhe und Umgebung:

Wie verehrl. Vorstände wohl bekannt sein dürfte, ist der Preis für Biertröcher am 1. November v. J. enorm gestiegen. Infolge dieser Preissteigerung ist es unterzeichneten Landwirten der Hardtgemeinden absolut unmöglich, die Milch zu dem bisherigen Preise zu liefern. Da jedoch gegenwärtig die Zeit für eine Steigerung der Milchpreise infolge der allgemeinen Lebensmittelteuerung die denkbar ungünstigste ist, bitten die Unterzeichneten verehrl. Vorstand, im Interesse der Allgemeinheit, insbesondere der ärmeren Bevölkerung, bei der Vereinigung der Brauereibesitzer gestl. dahin wirken zu wollen, daß ab 1. Januar 1908 die Preise für Biertröcher wieder auf ihren alten Stand herabgesetzt werden.

Wir sind gewiß die Letzten, die verkennen, daß die Betriebskosten auch in den Brauereien in den letzten Jahren gestiegen sind; auch ist der Preis der Brauerste in diesem Jahre etwas höher als sonst. Trotzdem sind wir der Ansicht, daß das Brauereigewerbe diese vorübergehende Teuerung wohl zu vermeiden vermag, jedenfalls viel besser als die kleine Landwirtschaft, die hauptsächlich Abnehmerin der Biertröcher ist und die ohnehin schon einen wahren Verzweiflungskampf

um ihre Existenz führt, eine Preissteigerung der Biertröcher als Futtermittel ertragen kann.

Um den verehrl. Herren Brauereibesitzern eine kleine Uebersicht der Produktionskosten der Milch zu geben, lassen wir hier die Kosten der Unterhaltung eines Stüdes Milchvieh folgen:

Es beansprucht ein solches täglich

- 1. für 30 Pf. Heu,
- 2. für 20 Pf. Stroh,
- 3. für 50 Pf. Rüben,
- 4. für 40 Pf. Kraftfutter,
- 5. für 20 Pf. Bedienung

gibt in Summe 1,60 Mark. Der Durchschnittsertrag eines Stüdes Milchvieh ist 10 Liter à 13 bis 15 Pf. Der Milchpreis bleibt also um 1 bis 3 Pf. unter den Produktionskosten. Unglücksfälle, Abnutzung des Viehs und Stallmiete sind hierbei noch nicht in Betracht gezogen.

Sollte nun wider Erwarten die Vereinigung der Brauereibesitzer nicht in der Lage sein, unserer Bitte entsprechen zu wollen, so wären wir gezwungen, in nächster Zeit den Milchpreis zu erhöhen, was wir aus obengenannten Gründen und auch, weil mitten im Winter, nicht gerne tun würden. Wir müßten allerdings das konsumierende Publikum darauf aufmerksam machen, daß die Preissteigerung der Milch nur infolge der Erhöhung der Biertröcher als des hauptsächlichsten Mittels zur Milchgewinnung eintreten müßte und alles weitere dem Urteile des Publikums überlassen.

Auf die Antwort seitens der Brauereien darf man gespannt sein.

Warum dem Buchdrucker die Arbeiterwochenkarte verweigert wurde.

Darüber sagt die „Karlsruher Zeitung“ noch: „Die Verweigerung einer Wochenkarte in Mannheim ist darauf zurückzuführen, daß die Schalterbeamtin mit den Bestimmungen nicht genügend vertraut war und unterlassen hatte, bei ihren Vorgesetzten Belehrung einzuholen. Hätte der betreffende Arbeiter sich an den Stationsvorstand gewendet, so wäre die Verabfolgung einer Wochenkarte angeordnet worden, da Schriftföhrer Anspruch auf Benützung von Arbeiterwochenkarten haben.“

Und hätte die Beamtin sich mit den einfachsten Kenntnissen für ihren Dienst ausgestattet, dann wäre die badische Generaldirektion weniger scharf kritisiert worden. Man traue ihr eben vieles zu!

Herr Rechtsanwalt Schmidt, der konservative Landtagsabgeordnete für Bretten, wurde von der Karlsruher Anwaltskammer zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Es handelt sich um das Verhalten Schmidts als Rechtsanwalt in einem Prozesse, der mehrere Brettener Einwohner seinerzeit auf die Anklagebank gebracht hat.

Landtagsersatzwahl in Schopfheim-Schönau.

Auch nicht übel! Wenn die „Frankfurter Zeitung“ recht unterrichtet ist, hat der jetzige konservative Kandidat, der Bürgermeister Oswald von Reibach, als national-liberaler Vertrauensmann bei der Aufstellung des liberalen Blockkandidaten mitgewirkt und selbst für den Landwirtschaftsinspektor Kies gestimmt. Jetzt ist er dessen Gegenkandidat und wird von dem stärksten Feinde des Blocks, vom Zentrum, tatkräftig unterstützt. So rasch dürfte noch bei keiner Wahl ein Kandidat seine politische Umwandlung vollzogen haben.

Der „Bad. Beobachter“ sagt mit einem Eifer, der dem Blatte in solchen Dingen eigen ist, zur Aufstellung Oswalds: Es versteht sich ganz von selbst, daß das Zentrum seine Kandidatur unterstützt, wenn ihm Gewähr dafür geboten ist, daß der Kandidat im Falle seiner Wahl in der Gegnerschaft zu den Liberalen verbleibt. Kann ihm die energische Unterstützung des Zentrums geboten werden, so

ist seine Kandidatur keineswegs als aussichtslos zu betrachten.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

Karlsruhe, 8. Jan.

Die Budgetkommission

hat die Weihnachtsferien beendet und gestern die Beratungen wieder aufgenommen. Verhandelt wurde über das Budget des Ministeriums des Innern Titel XI (Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten). In diesem Titel werden eine ganze Reihe von Anforderungen zur staatlichen Unterstützung gemeinnütziger Anstalten gestellt, die Zustimmung finden. Eine eingehende Erörterung knüpft sich an die Anforderung von 51 420 Mark für die Badeanstaltsverwaltung Baden. Es wird bei dieser Gelegenheit auf die mißlichen baulichen Zustände am dortigen Konversationshaus hingewiesen. Seitens der Regierung wird die Notwendigkeit der baulichen Aenderung zugegeben und eine mögliche Beschleunigung der hierzu nötigen Vorarbeiten in Aussicht gestellt. Sehr auffallend bei den Anforderungen in diesem Titel sind die Mitteilungen der diversen Verwaltungen dieser gemeinnützigen Anstalten, daß die Laffen für Heizung und Lebensmittel eine erhebliche Vermehrung erfahren haben, durch die die Budgets dieser Anstalten sehr ungünstig beeinflusst werden.

Für den Badischen Frauenverein sind 26 100, d. h. 15 500 Mark mehr angefordert. Die Stelle des Generalsekretärs des Vereins wird mit einem Beamten nach Art. B 2 des Gehaltstarihs besetzt. Dieser Beamte wird zwar vom Frauenverein bezahlt, jedoch übernimmt der Staat die nach Maßgabe des Staatsgesetzes obliegenden finanziellen Verpflichtungen hinsichtlich der Melikfenderföhrung. In der Kommission machten sich gegen dieses Anstellungsverhältnis ernste Bedenken geltend, die aber von der Regierung nicht geteilt werden. Die Kommission beschloß, über diesen Gegenstand die Beschlußfassung auszusprechen.

Verwerfliche Unternehmerpraktiken im Freiburger Baugewerbe.

(Schluß.)

Aus alledem folgert mit unumstößlicher Gewißheit, daß die Unternehmer nach bestimmten Leitfäden vorgegangen sind. Klar und deutlich wird dadurch gezeigt, wohin der Weg führen soll. Wenn derartige Vertragsauslegungen konstatiert werden müssen, wenn statt ehrlicher Mitarbeit an der Erhaltung des gewerblichen Friedens mit greifbarer Gewißheit in mehrfacher Beziehung dem wirtschaftlich schwächeren Kontrahenten Nachteile zugefügt werden, so ist damit doch wohl bewiesen, wie sehr berechtigt die Maurer sind, wenn sie die Vertragsfähigkeit der Unternehmer bezweifeln und verneinen. Nach ein anderem. Wir haben eingangs gesagt, daß sich die Unternehmer zum Nachteil der Arbeiter mitunter auch über die gesetzlichen Bestimmungen leicht hinwegsetzen. Zum Beweise dafür mag folgendes dienen:

Bei der Firma Gebr. Staiger waren vor einigen Wochen drei Maurer an der Dinterfassade der Neubauten in der Hugstetter- und Gutenbergstraße mit Gerüstbauern beschäftigt. Dabei passierte ihnen das Malheur, daß ein Kebrriegel (sogen. Hebel) von dem aufgemauerten Saß mehrere Schichten hoch herabrollte. Er stieß dabei an ein Fenstergewand an. Dieses fiel um und zerstückte die Fensterbank. Nun traf es sich, daß der eine der beteiligten Maurer um dieselbe Zeit Lohnforderungen mit Herrn Staiger bekam. Er stellte deshalb die Arbeit ein. Bei der Auszahlung wurde ihm sounstetwas für die zerbrochene Bank kurzerhand abgezogen. Die beiden anderen Mitarbeiter stellten die Arbeit nicht ein, ihnen wurde auch nichts abgezogen. Nach Anrufung der Organisation nahm der Maurer die Hilfe des Gewerbegerichts in Anspruch. In der ersten Verhandlung

Ein Rechenfehler bei der Stärkebemessung einiger wichtiger Konstruktionsteile war die Ursache.

Der Tunnelbau macht namentlich in der Schweiz namhafte Fortschritte. Das Durchbohren der Berge, das früher nur eine seltene Arbeit war, wird jetzt im Massenbetriebe vorgenommen. Das gleiche gilt von der Erstellung von Bergbahnen. Kein Jahr vergeht, ohne daß neue Gipfel besichtigt werden.

Die Ausnutzung der Wasserkräfte macht gleichfalls Fortschritte. Allenhalben werden neue Wasserkräfte ausgebaut. Die wasserreichsten Länder: Norwegen, Schweden, die Schweiz und in Deutschland Bayern haben sich auch eifrig mit der Frage beschäftigt, wie die reichlichen natürlichen Hilfsmittel am vorteilhaftesten für des Volksgangen ausgenutzt werden. Am weitesten ist in dieser Beziehung die Schweiz geblieben, bei der voraussichtlich in allernächster Zeit ein planmäßiger Ausbau der gesamten Wasserkräfte stattfinden wird. Ob man die so gewonnene Elektrizität ausschließlich für motorische Zwecke, Betriebe von Bahnen usw. verwenden wird, ist sehr fraglich. Neuerdings beansprucht auch die chemische und die Hüttenindustrie erhebliche Mengen billiger Elektrizität, in erster Linie zur Erzeugung von Stickstoff, dem hochwichtigsten landwirtschaftlichen Düngemittel, aus Luft und dann zur elektrischen Darstellung hochwertiger Stahles.

Auf dem Gebiete der Beleuchtung endlich sind besondere neue Erfindungen nicht zu verzeichnen. Es ist nur eine gewisse Verschiebung eingetreten, die neuen Metallfadenglühlampen: Osram, Wolfram, Kolloid und wie sie heißen, wurden durch Verbesserungen in der Fabrikation immer haltbarer hergestellt, so daß die durch ihre Verwendung prophezeite wesentliche Verbilligung des elektrischen Lichtes allmählich zur Tatsache wird. Die große Erfindung von 1905, die Tantalglampe, ist dadurch bereits kurz nach ihrer Geburt wieder überholt und in den Hintergrund gedrängt worden.

Aus den Witzblättern.

„Lustige Blätter“.

Meine Herren Geschworenen! Es mag dem Herrn Verteidiger zugegeben werden, daß die Zeugin bereits ein uneheliches Kind hat, aber aus diesem unehelichen Kind können Sie ihr doch unmöglich einen Strick drehen!

Ein Mördler. Wirtin: Worüber räsoniert der Waschl denn schon wieder? — Kellnerin: Der sagt, der Salat sei nicht rein gewaschen gewesen, grad hat er an Laubfrosch ausgespuckt.

Die Technik im Jahre 1907.

II.

(Schluß.)

Die drahtlose Telegraphie hat ihr Arbeitsgebiet gleichfalls namhaft vergrößert; man liest in den Zeitungen zwar jetzt weniger von ihr, doch das liegt mehr daran, weil die Sache den Reiz der Neuheit eingebüßt hat. Die praktische Bedeutung wächst durch die fortwährende Vermehrung der Stationen unheimlich. Den Gedanken, drahtlos den Ozean zu übertelegraphieren, hat man jedoch, wie es scheint, aufgegeben, weil man erkannt hat, daß die Kosten der Anlage und des Betriebes in keinem Verhältnis zu der Zuverlässigkeit der Nachrichtenübermittlung stehen. Die Telegraphie mit Draht bleibt für den Verkehr zwischen festen Orten nach wie vor das zuverlässigste und darum beste Verständigungsmittel. Der eine Zeitlang schon recht geläuterte Draht hat dabei einen neuen Erfolg zu buchen: seine Brauchbarkeit für die Fernübertragung von Photographien. Die schon im Vorjahre als gelungen anzusehenden Versuche von Professor Korn in München sind weiter ausgebaut worden, die Schnelligkeit der Übertragung und die Güte der übertragenen Bilder hat wesentlich zugenommen. Man muß sich natürlich darüber klar bleiben, daß auch diese neue Erfindung zwar höchst interessant ist und ein schönes Dokument menschlichen Scharfsinns bedeutet, für die Praxis des täglichen Lebens jedoch von geringerer Bedeutung bleiben wird. Sie bildet aber den ersten Schritt auf dem Wege zum elektrischen Fernseher, und schon von diesem Gesichtspunkte aus verdient sie zweifellos in der Kulturgeschichte verzeichnet zu werden.

Die Verkehrsmittel zu Lande sind im allgemeinen unbedeutend geblieben. Das Auto hat seinen Höhepunkt erreicht. Seinen Betrieb zu verbilligen, ist nicht gelungen und ich persönlich fürchte sogar, daß es in den nächsten Jahren einen Rückschlag geben wird. Die Zahl der begüterten Privatleute, die nicht zu rechnen brauchen, und die Zahl der Geschäftsleute, die im Reklameinteresse auch ein im Betriebe teures Fuhrwerk unterhalten, ist immerhin beschränkt. Unsere Industrie hat meiner Auffassung nach den schweren Fehler gemacht, viel zu sehr für den Sport zu arbeiten und den diesbezüglichen Ansprüchen des Publikums viel zu große Konzessionen gemacht. Tatsächlich ist als praktisches Ergebnis des Jahres 1907 zu buchen, daß der Automobilomnibusverkehr vorläufig sich nicht weiter entwickeln wird, weil er viel zu hohe Betriebskosten verursacht, ferner, daß auch der Automobilroschenverkehr nur sehr beschränkter Aus-

dehnung fähig ist, weil sein kostspieliger Betrieb wesentlich erhöhte Tarife bedingt. Anders und besser steht es mit dem Automobil auf den Schienen, dem Einzelmotorwagen auf der Eisenbahn. Dieser hat einen zwar wenig bemerkten, aber desto kräftigeren und erfreulicheren Aufschwung genommen. In vielen Teilen des deutschen Bahnnetzes hat er den Lokalverkehr übernommen und damit die im Interesse der ländlichen und kleinstädtischen Bevölkerung sicherlich sehr zu begrüßende Möglichkeit häufiger Zugverbindungen geschaffen. Dabei hat sich im Gegensatz zum Automobilbetrieb auf den Straßen ergeben, daß der Betrieb gar nicht so kostspielig ist. Die preiswürdigen elektrischen Akkumulatorenwagen, die im Mainzer Vorortverkehr eingestellt sind, zeigen, daß bei 25 Prozent Platzausnutzung und einem Tarif von 2 Pfennig für das Kilometer (viertel Klasse) die Betriebsausgaben bereits gedeckt werden. Dieser Fortschritt ist der Vervollkommnung der Akkumulatoren zu danken, an der unsere großen deutschen Fabriken seit Jahren emsig und mit Erfolg gearbeitet haben. Das Vorurteil, das man in früheren Jahren gegen elektrischen Akkumulatortrieb hatte und das damals vielleicht gerechtfertigt war, beginnt mit Recht zu schwinden. Ganz unschuldig an diesen Erfolgen ist dagegen Herr Thomas Edison, der seit Jahren jedes Jahr im Herbst durch geschickte Zeitungsreklame der Welt kund und zu wissen tut, er habe einen neuen wunderbaren Akkulator erfunden, worauf sich dann jedesmal herausgestellt, daß den großen Worten nicht einmal eine kleine Tat zugrunde lag. Im Jahre 1907 hat auch endlich die Eröffnung der elektrischen Vortorbahn Blankensee-Hamburg-Ohlsdorf stattgefunden. Die unglaublich verspätete Lieferung der für den Betrieb nötigen elektrischen Stromerzeuger scheint die Hauptschuld zu haben. Wenn bei der Elektrifizierung von Bahnen in Deutschland zukünftig weiterhin eben so langsam gearbeitet wird, so darf man an die weitere Ausbreitung allerdings keine großen Hoffnungen knüpfen. Diese Langsamkeit ist um so bedauerlicher, weil die amerikanische Industrie auf den gleichen Gebieten in diesem Jahre ganz unergleichlich größere Leistungen in weit kürzerer Zeit zustande gebracht hat.

Auf dem Gebiete des Hochbaues wurden im vergangenen Jahre an verschiedenen bedeutenden Bauwerken gearbeitet. Ich erinnere nur an den gewaltigen Bau des neuen Leipziger Hauptbahnhofes, an den großen Newyorker Zentralbahnhof usw. Fertiggestellt wurde 1907 die neue Rheinbrücke zwischen Ruhrort und Homburg. Leider ist auch ein sehr schmerzlicher Belegposten hier zu registrieren: die große Flußbrücke von Quebec ist eingestürzt, Hunderte brave tüchtige Arbeiter mit sich begrabend.



Freiburg.

7. Januar.

Arbeiter als Schöffen. Unter den zu Schöffen aufgelosten Personen befinden sich auch zwei Arbeiter, und zwar Karl Jungst Jun. und Karl Jungst Jun., beide Maschinenführer. Es ist das erstmal, daß hier Arbeiter als Schöffen ausgelost werden.

Von der Universität. Der bekannte Volkswirtschaftslehrer Professor Fuchs wird dem an ihn ergangenen Auftrage nach der Tübinger Universität Folge leisten. Professor Fuchs' Nachfolger wird dem an ihn ergangenen Auftrage nach dem wirtschafts-politischen Gebiete vertritt er den schützöllnerischen Standpunkt.

Die erste Sitzung des Gewerkschaftsartikels findet morgen Donnerstag Abend statt.

Am Samstag Abend findet im Stadttheater eine Volkskonzert statt. Diejenigen Genossen, welche ihre Billette vom Gewerkschaftsartikell begehren, müssen dieselben am Freitag Abend auf dem Arbeitersekretariat abholen.

Baden-Baden, 8. Jan. Der letzte Satz in dem gestern erschienenen Artikel: Krankenversicherung und Krankenkassen lautet: „Unsere Interessen sind die der Arbeitgeber.“ Das ist falsch. Es soll natürlich heißen: „sind nicht die der Arbeitgeber.“ Unsere Leser werden soweit volkswirtschaftlich geschult sein, daß sie wohl diesen Satz als Druckfehler erkannt haben werden.

Warnbach b. Bad. Reinsfelden, 5. Jan. Einen recht trassen Fall von ultramontaner Unduldsamkeit können wir von hier berichten. Der Wirt zum „Bad. Hof“, welcher auf dem Sterbebett lag, verlangte den seinem Glauben entsprechenden katholischen Priester Panotti, um die Sterbesakramente zu empfangen. Die Frau ist jedoch evangelisch und hat auch, was sehr nabeliegend ist, ihre Kinder in diese „Glauben“ taufen und unterrichten lassen. Was verlangt nun dieser Stellvertreter Christi angesichts des noch jungen, auf dem Sterbebette liegenden Mannes? Sie möchte erst ihre Kinder umtaufen lassen, denn seine Dienstverpflichtung verbiete ihm, in diesem Falle seines Amtes zu walten. Die Frau, welche es ablehnte, ihre Kinder umtaufen zu lassen, hat sich einen Priester von der Schweiz geholt, welcher auch dann bei der Beerdigung zugegen war.

Wie kommt es, daß der kath. Priester aus der Schweiz die Amtshandlung vornehmen darf und der kath. Pfarrer aus Baden nicht?

Manheim, 7. Jan. Bei einer Weihnachtsfeier für arme Kinder in der Villa von Richard Ladenburg fing eine Gardine in der Nähe des brennenden Weihnachtsbaums Feuer, das sich rasch verbreitete. Der Hausherr und seine Frau erlitten Brandwunden im Gesicht und an den Armen und mußten das Heinrich Langen Krankenhaus aufsuchen. Die Kinder blieben unverletzt. Sechs Zimmer sind teilweise gänzlich vernichtet, darunter Kunstwerke von immensen Wert. Die Berufsfeuerwehr rettete den oberen Stod.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 8. Jan.

Im 10. Kreis

finden die Parteiverfassungen gegen das neue Vereinsgesetz am Samstag und Sonntag, den 11. und 12. d. M., statt. Die Karlsruher Parteigenossen machen wir wiederholt auf die Volksversammlung aufmerksam, die am nächsten Sonntag Vormittag 1/11 Uhr im Kolosseum abgehalten wird. Referent ist Reichs- und Landtagsabgeordneter Ad. Ged.

Die Arbeiterzüge

bilden immer wieder den Gegenstand der Beschwerden jener Arbeiter, bei welchen der Beschäftigungs- und der Wohnort nicht gleichbedeutend sind. Seit kurzer Zeit ist ein Zug von Durlach nach Forstheim eingelegt, der abends 6 21 Uhr in Durlach abgeht. Er ist praktisch und entspricht einem Wunsche der in Durlach beschäftigten Arbeiter. In Karlsruhe fährt der Arbeiterzug auf der Forstheimer Linie 6 31 Uhr ab, hat häufig wegen des nach Karlsruhe fahrenden Schnellzugs in Gröbzingen oder Wilderdingen längeren Aufenthalt — manchmal bis zu einer halben Stunde — und legt seine Passagiere manchmal erst um 8 Uhr in Königshaus ab. Die interessierten Arbeiter erfragen nun die Generaldirektion auf diesem Wege, den Durlacher Zug von Karlsruhe etwa um 6 15 Uhr abgehen zu lassen, damit auch sie nicht die lange Wartezeit auf der Bahn verbringen müssen.

Eine dankenswerte Anregung

übermittelt uns ein Leser: Unser tägliches Brot gib' uns heute! Durch Gottes Güte und Zentrums Volksbrot ist der Preis des Brotes zu einer bedauerlichen Höhe gestiegen. Unbarmherzig künden uns die Broterzeuger ein weiteres Steigen des Brotpreises an. Die Bäckereimeister haben mit dem Steigen des Mehlpriests durch wiederholten Preisausschlag auf Vadwaren sich schuldig gehalten. Durch Abschaffung der Sonntags- und Neujahrsregel einen Extra-Mehlsack eingeleitet. Die Folge ist, daß die Konsumenten mit wenigen Ausnahmen den armen Bäckereiburschen das bisher übliche Neujahrsgehalt entziehen, was die Bäckereiarbeiter bei ihrem mageren Lohne besonders schwer empfinden. Eine weitere Schröpfung des Rubikums wird durch Gewichtsverminderung von Brot und Brötchen erreicht. Schreiber dieses bekommt von seinem Lieferanten Brötchen von 40 Gramm Gewicht, das ist also ein Fünftel Ware weniger als sonst. Ähnliche Resultate erzielte derselbe beim Nachwiegen des Brotes. Hiermit jedoch nicht genug. Neulich forderte derselbe ein Stück Kartoffel und eine Kartoffelschale aus einem Loib bestem Schwarzbrot zu Tage. Eine direkte Nahrungsmittelfälschung wurde hiermit durch Zufall aufgedeckt. Wäre es nicht ein dankbares Unternehmen für unsere Behörden, wenn, gleich der Milchkontrolle, durch das Bezirksamt eine strenge Kontrolle über Gewicht und Qualität des Brotes eingeführt würde? Oder ist das Brot nicht ein ebenso wichtiges und unentbehrliches Nahrungsmittel als die Milch???

Den erhöhungseifrigen Hausbesitzern

geben zwei Eingekandt im „Landesboten“ und in der „Bad. Landesztg.“ bittere Pillen zu schlucken. Da heißt es:

I.

Die Gründe für den Mietaufschlag sind größtenteils

unhaltbar. Am allermeisten muß die von den Hausbesitzern aufgestellte Behauptung, „die Wohnungen seien in anderen Städten teurer als wie in Karlsruhe“ ins rechte Licht gerückt werden. Soll dies eine Entschuldigung für die geplante ungerechtfertigte Verhöhung sein? Tausende von Menschen werden dadurch noch zu weiterer Unterernährung verurteilt. Mit der Unterernährung sinkt die Arbeitskraft und nicht zuletzt auch die Bechraft im Volke während der Krankheit durch diese unfreiwilligen Hungerkuren der Boden geobnet wird. Es sei noch erwähnt, daß der Zinsfuß für Hypotheken bei den städtischen Kassen nur um ein Viertelprozent erhöht wurde, die Vermieter verlangen aber hierfür 15 Prozent Mietaufschlag, also rund das Sechzigfache mehr, von den Mietern.

II.

Die Mitglieder des Grund- und Hausbesitzereins mögen sich vorsehen, daß sie die Schraube nicht allzusehr anziehen, denn sonst könnte leicht mancher unangenehme Erfahrung machen, besonders dann, wenn erst einmal die Bau-tätigkeit in den neuen Vororten stärker einsetzt, was schwerlich noch lange auf sich warten lassen dürfte. Einzeitweilen bleibt den Mietern nichts übrig, als bei unbegründeten Versuchen, die Mierte zu steigern, einfach mit Kündigung zu antworten; andererseits werden sie aber auch gut daran tun, ein jeder nach seinen Kräften diejenigen Vereine zu unterstützen, welche die Lage der Mieter zu verbessern sich zur Aufgabe gemacht haben, nämlich den Verein für Bodenreform, den Bau- und Mieterverein und den Gartenstadt-Verein.

Merkwürdig ist es, und eigentümlich muß es übrigens jeden Unbefangenen berühren, daß die Käufer im Streit, d. h. die Wortführer und Inhaber von Vereinsämtern im G. u. H. B. B. Beamte sind, die doch wissen sollten, wieviel ein Beamter an Wohnungsmiete aufwenden kann und darf, ohne die Lebenshaltung im übrigen allzusehr einschränken zu müssen. An sie muß man die Frage richten: Sind 300 M. Mierte und mehr für einen Mann mit Familie und bei einem Einkommen von 1000 bis 1200 M. nicht genug? Und kann ein mittlerer Beamter ohne erhebliche Einschränkung in nötigen Dingen mehr als 20 Prozent (die Karlsruher Stadtverwaltung berechnet für die von ihr einer Anzahl städtischer Beamter zur Benützung überlassenen Wohnungen 10, schreibe zehn Prozent des Gehaltes) seines Dienstverdienstes dafür aufwenden?

Inzwischen sind Mietssteigerungen erfolgt, allerdings nicht in der Höhe von 15 Proz. des Mietzinses. Man hat sich mit 5-8 Proz. begnügt. Unseres Erachtens dürfte sich auch der Stadtrat einmal mit dieser Frage beschäftigen. Sie würde ihm, wenn er ernsthaft wollte, ein reiches Betätigungsfeld zuweisen.

Ein vielbewegtes Leben.

Ein abenteuerliches Leben hat der aus Dresden gebürtige, frühere praktische Arzt Dr. med. L. hinter sich, der kürzlich auf Antrag der deutschen Behörden in London verhaftet wurde und an Bord des Dampfers „Peregrine“ in Hamburg eingetroffen ist. Der jetzt im 29. Lebensjahre stehende Dr. L., der ehemals ein geachteter Arzt war, hatte sich eines Vergehens zuschulden kommen lassen, das ihn zwang, seine Praxis aufzugeben. Er begab sich hierauf zu Verwandten nach München, die ihm in einem ihrer Zweiggeschäfte eine Stellung als Kommiss überwiefen. L. beging dort große Unterschlagungen und ergriff sodann die Flucht; er wandte sich zunächst nach Karlsruhe, wo er schließlich in einem Hotel als Kellner angenommen wurde. Aber auch dort war seines Weibens nicht lange, da inzwischen ein Steckbrief hinter ihm erlassen worden war. Er stahl nun einem Gaste aus einem Zimmer einen wertvollen Brillantschnuck und flüchtete abermals. Die Nachforschungen ergaben, daß er nach England gereist war, wo er sich verborgen hielt. Auf Ersuchen des dortigen deutschen Konsuls wurde er ausfindig gemacht und verhaftet. Nach Erledigung der diplomatischen Auslieferungsverhandlungen beförderte man ihn nach Deutschland zurück. In Hamburg wurde er von der Kriminalpolizei an Bord des Dampfers in Empfang genommen, um demnächst nach Karlsruhe übergeführt zu werden.

Zeitgemäße Neujahrskarte.

Ein Freund unseres Blattes übermittelte der Redaktion die folgende, ihm zugegangene Karte:

Profit Neujahr!

Höher Zins und hohe Steuer, Kleiner Lohn und alles teuer, Darum gratuliere ich Dir Dies' Mal nur auf Packpapier!

Maskenball des Gewerkschaftsartikels. Die bei der Aufführung Mitwirkenden werden hierdurch nochmals auf die heute Mittwoch, Abend im Restaurant Köpfelein stattfindende Zusammenkunft aufmerksam gemacht und um vollzähliges Erscheinen gebeten.

Wetterbericht. Ganz Nordeuropa sowie der nordatlantische Ozean gehören in den Bereich einer umfangreichen Depression, die über den Ostsee-Provinzen und Nordwest-Rußland ein Minimum mit weniger als 740 mm aufweist. Weniger als 750 mm betragen die Barometerrstände über Irland und der irischen See. Auch über dem größten Teile des Kontinental-Europas hat der Luftdruck stark abgenommen und bei aufrückenden Winden ist in ganz Deutschland Erhöhung mit stellenweisen Niederschlägen eingetreten. Die Temperaturen sind meist kräftig angestiegen. Söber Druck beschränkt sich auf das südliche Europa mit einem Kern über den unteren Donauländern, während sich über dem tyrrhenischen Meer ein flaches Depressionsgebiet zu entwickeln scheint. — Voraussichtliche Witterung: Meist trübe, zeitweise Niederschläge, zunächst noch mild.

Denkmal für Maul. Als Beitrag zu den Kosten des hier geplanten Denkmals für den vor kurzem verstorbenen Direktor der Turnlehrerbildungsanstalt, Hofrat Alfred Maul, wurden vom Stadtrat 300 M. in den Entwurf des diesjährigen Gemeindevoranschlags eingestellt.

Rintheim. Mit Bezug auf eine Klage über den Zustand der Forst- und der Ernststraße (Rintheim) teilte das städtische Tiefbauamt dem Stadtrat mit, daß beide Straßen (Schotterstraßen) in gleicher Weise wie andere ähnliche Straßen gereinigt werden. Die Ausbesserung der ausgefahrenen Stellen sei für das laufende Jahr in Aussicht genommen. Zu einer sofortigen Inangriffnahme der Arbeiten liege ein Anlaß nicht vor.

Stadtbaurat. Der Vorstand des städtischen Straßenbahn-amtes, erhielt die Amtsbezeichnung „Stadtbaurat“.

Das Besuch des Bierbrauers David Klein um Erlaubnis zur Abgabe von Flaschenbier in der von ihm im Hause Kessingstraße Nr. 8 zu betreibenden Kofgeberei wird nicht beanstandet. Das Besuch des Kangleihilfen Franz Maier um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betriebe einer Schantwirtschaft mit Branntweinschant im Hause Moonstraße Nr. 19 wird dem Großh. Bezirksamt unter Verneinung der Bedürfnisfrage vorgelegt.

Zur Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen der Ettinger- und der Müppurrerstraße ist die Enteignung des Stettischen Anwesens an der Müppurrerstraße notwendig geworden.

Das Thalia-Theater in der Waldstraße (Kinematograph) bewährt auch im neuen Jahre seine alte Zugkraft, wie der tägliche starke Besuch beweist. Das Programm für diese Woche enthält eine Reihe ganz hervorragender Sehenswürdigkeiten. — Für die nächsten Tage kündigt die Direktion eine bemerkenswerte Neuerung an, die eine höchst willkommene Bereicherung des Programms im Gefolge haben wird, nämlich die Aufnahme singender und sprechender Photographie, die bekanntlich in Verbindung mit dem Kinematographen eine dem wirklichen Theater wenig nachgebende Wirkung erzielen. Für später ist die Errichtung eines Neubaus im Anwesen der Tapetenfabrik Kammerer in der Waldstraße in Aussicht genommen, wofür noch im Laufe dieses Jahres ein modern ausgestattetes, erstklassiges Biographentheater eingerichtet werden soll.

Gefühlvoller Wirt. Ein Wirt aus der Oststadt wurde wegen Körperverletzung angezeigt, weil er in einer Wirtschaft in der Kaiserstraße eine Kellnerin, die früher bei ihm in Stellung war, beehrte, würgte und den Kopf wiederholt an eine Wand schlug, so daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Die alte Geschichte. Gestern Nachmittag sprang Ede Durlacher-Allee-Weidenstraße ein Mann auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen und zwar an der geschlossenen Seite, dies bemerkend, wollte er wieder abpringen, wobei er zu Fall kam und mit dem Kopf an einen eisernen Leitungsmast anstieß. Der Verunglückte blieb bewußtlos liegen, er hatte sich am Kopf eine bis auf die Hirnschale gehende Verletzung zugezogen und war außerdem am Mund, an den Händen und Arme verletzt.

Schwindelstein. In der Kaiserstraße mietete sich der angebl. Reisende Heinrich Lobing aus Hannover ein und als seine Mierte und Kostgeld bis auf 58 Mark angelaufen war, brannte er durch, ohne vorher seine Schuld bezahlt zu haben.

Der 24 Jahre alte Kapazier Karl Reiff aus Mellingen, der hier in Stellung war, schädigte einen Wirt in der Weststadt dadurch, daß er sich unter Vorpiegelungen Getränke und Darlehen im Betrage von 40 M. geben ließ und dann das Weite suchte.

Am 1. ds. mietete ein angeblicher Dr. Georg v. Strachwitz aus Wien bei einer Witwe in der Amalienstraße zwei Zimmer und gab vor, er sei an die Technische Hochschule hier berufen. Des anderen Tags erschien er wieder und erzählte seiner Logiswirtin, seine Koffer seien aus Wien eingetroffen und da er in einem derselben eine Anzahl Preziosen habe, müsse er 76 M. Zoll bezahlen. Gleichzeitig nahm er mehrere Goldstücke und bemerkte dazu, es fehlten ihm noch 10 M., die er anstandslos von der Witwe erhielt und darauf verschwand. Möglicherweise hat der Betrüger, der norddeutschen Dialekt spricht, etwa 28 Jahre alt und klein ist und mit dem angeblichen Georg Werner Dr. phil. aus Wien und Maschinenbauingenieur Friedrich Müller identisch zu sein scheint und sich an mehreren Orten hier unter Vorpiegelungen einmietet, die vorgezeigten Goldstücke auf ähnliche Weise erschwindelt.

Neues vom Tage.

Ulm, 7. Jan. Die Sezierung des in der Neujahrsnacht durch große Fahrlässigkeit erschossenen Lokomotivheizers Dettinger hat ergeben, daß von den Schrotkörnern nur ein einziges durchs Auge in das Gehirn gedrungen ist und den Tod herbeigeführt hat. Es ist ermittelt worden, daß der Verkäufer, bei dem der unglückliche Schütze die Patronen durch seine Schwester holen ließ, eigens betonte, daß es Schrotpatronen seien und daß vorsichtig damit umgegangen werden müsse.

Landau (Pfalz), 7. Jan. Das Kriegsgericht verurteilte heute Vormittag den Infanteristen Jakob Ohmer im 17. Infanterie-Regiment wegen Körperverletzung und rechtswidrigem Sachengebrauch zu 3 1/2 Jahren Gefängnis. Er hatte in einer Wirtschaft bei einem Streit das Seitengewehr gezogen.

Frankfurt a. M., 7. Jan. Schlechtes Mineralwasser. Wegen Vergehens des § 14 des Reichsgesetzes vom 14. Mai 1879 verurteilte das Schöffengericht gestern den Mineralwasserhändler Philipp Glod zu vierzig Mark Geldstrafe. Glod verkaufte Wilhelms Wasser in Krügen. Ein Abnehmer beschwerte sich bei der Polizei über den schlechten Geschmack des Wassers, der entweder von einem Defekt des Brunnenrohrs oder ungenügender Reinlichkeit herrühre. Gerichtsarzt Doktor Roth erklärte das Wasser für gesundheitsschädlich und bemerkte in seinem Gutachten, daß es leicht Erbrechen erregen könne. Das Gericht konnte nicht feststellen, ob der schlechte Geschmack von dem Brunnenrohr oder von Unreinlichkeit der Krüge kam.

Die Strafkammer verurteilte den 49 Jahre alten verheirateten Mechaniker Reinhold Karl, der sich an sechs kleinen Mädchen vergangen hat, zu 2 Jahren Gefängnis.

Berlin, 7. Januar. Schon wieder ist eine Mutter zu verzeichnen. Auf dem Tempelhofer Felde wurde eine Frau unter Umständen tot aufgefunden, welche auf einen Luftmorb schließlichen lassen. Es handelt sich um eine 40jährige Landstreicherin namens Gläher. Am Halse zeigten sich Würgespuren, während ihr in den Mund ein Tuch gewaltsam hineingestopft war. Jadet und Bluse waren aufgerissen. An der Brust zeigten sich Stichwunden, was auf einen Sadisten als Täter schließen läßt.

Mit dem Tode eines Ehepaares endete eine Familientragödie, die sich heute Morgen im Osten der Stadt abgespielt hat. In der Voigtstraße 18 wurde die 40jährige, von ihrem Manne getrennt lebende Frau Pauline Frid von diesem, dem Tischler Rudolf Frid, erschossen. Nach Verübung der Tat tötete sich Frid selbst durch einen Schuß. Familiengewaltigkeiten haben den Anlaß zu dem Drama gegeben.

In der Angelegenheit der Ermordung der kleinen Michèle sind heute wiederum drei Verhaftungen vorgenommen worden. Die verhafteten Personen wurden den Zeugen gegenübergestellt.

Kiel, 8. Jan. Gestern früh wurde die Frau eines hiesigen Malers in ihrer Wohnung verbrannt aufgefunden. Man vermutete zunächst einen Unfallsfall. Nähere Untersuchung ergab aber, daß allem Anscheine nach ein Raubmord liegt. Ein vorgehens zugereicher Mann, den die Frau als W- auf-

genommen hatte, hat sie augenscheinlich mit Petroleum über-  
gossen und angezündet. Es sind annähernd 70 Mk. geraubt.  
Der mutmaßliche Täter ist flüchtig.

**Arbeiterfeste.**

Gausen i. B., 8. Jan. Die Jahreswendefeier des  
sozialdemokratischen Vereins nahm bei guter Beteiligung einen  
schönen Verlauf. Die Darbietungen fanden guten Anklang. Be-  
sonders gut gefielen die humoristischen Vorträge des Genossen  
Stein aus Brombach, sowie das von den Fahrnauer Parteige-  
nossen aufgeführte Theaterstück „Der verlorene Sohn“. Auch  
die Arbeiterlänger unter Leitung des Herrn S. Rehm trugen  
wesentlich zur Unterhaltung bei. Allen Mitwirkenden herzlicher  
Dank!

**Letzte Post.**

**Gewerbegerichtswahl in Konstanz.**

Nach einem uns kurz vor Redaktionsschluss zugegangenen  
Telegramm ist das Resultat noch nicht absolut feststehend,  
vorausichtlich haben jedoch die Christlichen gesiegt.  
Leider scheinen dazu die seit einem Jahre in Kon-  
stanz herrschenden Parteiverhältnisse ein gut Teil beige-  
tragen zu haben.

**Arbeiter als Geschworene und Schöffen.**

Auch im Pforzheimer Gerichtsbezirk wur-  
den, wie in anderen badischen Gerichtsbezirken, Ar-  
beiter als Schöffen genommen. Von den für das Jahr  
1908 von 9231 in die Urlisten aufgenommenen Personen  
sind 4478 = 48 Prozent aus der Arbeiterschaft gewählt.  
Unter den 188 zu Haupt- und Beisitzern gezogenen Personen  
befinden sich 38 = 20 Prozent, aus der Arbeiterschaft und  
von den 95 erwähnten Geschworenen gehören 8 = 12  
Prozent der Arbeiterschaft an. Wenn nun auch die Tat-  
sache an sich zu begrüßen, gegenüber der vollständigen Ig-  
norierung der Arbeiterschaft in Preußen, so ist doch  
die prozentuale Vertretung der fast 80 Prozent  
der Bevölkerung betragenden Arbeiterschaft noch recht ge-  
ring. Die Zahl der Arbeiter in den Laiengerichten  
muß dem Prozentjah derselben in der Bevölkerung ge-  
rechterweise entsprechen. Doch wir leben im  
Klassenstaat. Sorgen wir dafür, daß die Arbeiter minde-  
stens mehr berücksichtigt werden in Zukunft.

**Zimmer langsam voran.**

Vom Oberrhein, 7. Jan. Der Bau des Kraftwerks  
Rausenbursg ist bis heute noch nicht in Angriff genommen  
worden, trotzdem bereits vor zwei Jahren die Konzessions-  
erteilung erfolgte. Mit dieser kam auch eine Vereinbarung  
zustande, wonach das Fischereirecht der Gemeinde Klein-  
lausenburg an das Konfession für Nutzbarmachung der  
Wasserkräfte um den Preis von 160 000 Mark übergehen  
sollte, wenn bis 1. Januar 1908 mit dem Bau des Werkes  
begonnen werde. Ein Gesuch um Fristverlängerung wurde  
von genannter Gemeinde abgelehnt. Somit verbleibt der-  
selben das Fischereirecht. Die Verzögerung des Baues des  
Rheinkraftwerkes ist für die bereits angelegten indu-  
striellen Unternehmungen von größtem Nachteil.

**Die Vandalensteuer und die Steuerämter.**

Mannheim, 7. Jan. Auf dem hiesigen Hauptsteueramte  
sind gestern eine geheime Sitzung unter dem Vorsitz eines  
höheren Finanzbeamten aus Karlsruhe statt, in welchem  
der bereits angekündigte Gesetzentwurf über Einführung  
einer Zigarettenbanderolensteuer zur Besprechung kam. Zu  
den Verhandlungen waren vier Rohstoffhändler, 3 Zi-  
garettfabrikanten und ein Rauchtabakfabrikant eingeladen.  
Ueber die Verhandlungen wird größtes Stillschweigen be-  
obachtet, die dazu eingeladenen Interessenten wurden eben-  
falls zu strengstem Schweigen verpflichtet.

**Er tritt nicht zurück.**  
München, 7. Jan. Wie die „Münchener Neuesten Nach-  
richten“ erfahren, sind die Verträge hoher Persönlichkeiten,  
General Keim zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen, end-  
gültig gescheitert.

**Die Erhöhung der Fernspreckgebühren.**

Berlin, 7. Jan. Die angekündigte Konferenz über die  
Reform der Fernspreckgebühren hat heute Vormittag  
10 Uhr im Reichspostamt begonnen. Den Vorsitz der Kon-  
ferenz führt Staatssekretär Kräfte. An der Konferenz  
nahmen ferner teil mehrere Beamte des Reichspostamts  
sowie Vertreter vom Handel, Industrie und Landwirt-  
schaft, als Vertreter des bayerischen Handels, Kommerzien-  
rat Max Rager. Die Gesamtzahl der Teilnehmer an der  
Konferenz beträgt 50. Die Verhandlungen sind vertrau-  
lich. Die Konferenz wird mehrere Tage in Anspruch neh-  
men. Im Mittelpunkt der Konferenz steht die Denkschrift  
des Staatssekretärs des Reichspostamts, deren Haupt-  
forderung ist, anstelle des bisherigen gemischten Systems  
lediglich eine Pausch- und Gesprächs-Einzelgebühr einzu-  
führen. Die Meinungen über diesen Modus gingen in der  
Konferenz weit auseinander. Während die Vertreter der  
Landwirtschaft darauf hinwiesen, daß das platte Land  
durch die Denkschrift nicht genügend berücksichtigt sei,  
wurde von den Vertretern des Handels und der Industrie  
die Höhe der Gesprächs-Einzelgebühr kritisiert. Von  
seiten des Vertreters des Reichspostamts wurde dem ent-  
gegen gehalten, daß die Denkschrift nicht das endgültige  
Resultat der Erwägungen im Reichspostamt darstelle, son-  
dern daß man im Gegenteil erst nach dem Ergebnis der  
Konferenz dem Reichstage definitive Vorschläge vorlegen  
wolle.

**Das Checkgesetz.**

Berlin, 7. Jan. In der heutigen Sitzung des Bundes-  
rats wurde der Entwurf des Checkgesetzes angenommen.

**Der Achtstundentag für Bergarbeiter.**

St. Etienne, 7. Jan. Zwischen den französischen Berg-  
werksgesellschaften und den Arbeitern hat der Arbeits-  
minister in dem Sinne vermittelt, daß die baldige Einfüh-  
rung des Achtstundentags gesichert erscheint.

**Das Gefängnis statt Brot.**

Rom, 8. Jan. Gestern früh besichtigte der König das  
seit etwa 25 Jahren im Bau begriffene Viktor Emanuel-  
Denkmal, dessen Bau alle paar Monate aus Mangel an  
Material unterbrochen wird. So ist auch diesmal wieder  
eine Anzahl sonst am Denkmal beschäftigter Steinmetzen  
arbeitslos. Die Reute begrüßten den König mit dem Ruf:  
Majestät, wir wollen Brot. Polizei und Carabinieri um-  
ringelten darauf die Steinmetzen, von denen etwa 60 ver-  
haftet wurden. Da aber die Verhafteten erklärten, sie  
hätten den König nur auf ihre traurige Lage aufmerksam  
machen wollen, wurden sie wieder freigelassen.

**Deutsche Arbeiter beim Papst.**

Rom, 7. Jan. Der Papst empfing gestern eine Anzahl  
deutscher Arbeiter, die dem deutschen Volksverein ange-  
hören. Der Führer der Arbeiter hielt eine Ansprache, die  
der Papst freundlich beantwortete, worauf er sich mit  
mehreren Delegierten über ihre Familien-Verhältnisse, Ar-  
beitsbedingungen usw. unterhielt und ihre Fahne segnete.  
Diese Gruppe ist nur ein Vorläufer der großen deutschen  
Pilgerfahrt.

**Englische Enttäuschung über die Friedenskonferenz.**

London, 7. Jan. Das Auswärtige Amt veröffentlicht  
ein Blaubbuch über die Friedens-Konferenz im Haag.  
Dieses enthält u. a. einen Brief des ersten englischen Dele-  
gierten Grey, worin dieser anerkennt, daß das Ergebnis  
der Konferenz eine Enttäuschung gebracht habe und hin-

zufügt, daß die Schwierigkeiten, welche durch die viel-  
seitigen Fragen hervorgerufen wurden, Schuld an dem  
geringen Resultat seien.

Die Auffassung des englischen Delegierten dürfte auch  
in Deutschland geteilt werden.

**Die Polizei im freien Amerika.**

New York, 7. Jan. Zwischen Polizei und streifenden  
Mietern kam es in vier großen Versammlungen zu förm-  
lichen Kämpfen. Ueber 20 Versammlungsteilnehmer, dar-  
unter Frauen und Kinder wurden verwundet. Auch einige  
Schulleute erlitten Verletzungen. Die Meetings gestalteten  
sich zu Kundgebungen von ausgesprochen sozialistischem  
Charakter. Es wurden rote Fahnen entfaltete, revolution-  
näre Lieder gesungen und flammende Reden gegen die Re-  
gierung gehalten. Die Polizei drang in die Versamm-  
lungssäle ein und nahm von den Demonstranten, die sich  
weigerten, auseinander zu gehen, eine große Anzahl fest.  
Blutige Schlägereien waren die Folge. Die meisten der  
Verletzten wurden nicht in Krankenhäuser gebracht, son-  
dern vorher von ihren Freunden weggeschafft, damit sie  
nicht verhaftet würden.

**Vereinsanzeiger.**

- Karlsruhe. (Jugendorganisation.) Heute Mittwoch Abend im  
Lokal Versammlung.
- Durlach. (Junge Garde.) Freitag, den 10. Januar: Versamm-  
lung im „Lamm“, Tagesordnung im Lokal.
- Durlach. (Arbeiterbund Vorwärts „Sängerfestion“.) Heute  
Mittwoch, den 8. Januar, punkt halb 9 Uhr: Singstunde.  
Vollzähliges Erscheinen der Sänger erwartet bringen  
160 Der Vorstand.
- Bruchsal. (Gewerkschaftsartell.) Mittwoch, den 8. Januar,  
abends halb 9 Uhr: Kartellung. Die Delegierten der  
Gewerkschaften werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.  
Der Vorstand.
- Freiburg. (Gewerkschaftsartell.) Donnerstag, den 9. Januar,  
abends punkt halb 9 Uhr: Sitzung bei S a n t o. Restauration  
zur „Stadt Velfort“. Vollzähliges Erscheinen erwartet  
167 Der Vorstand.

**Briefkasten der Redaktion.**

E. K. in N. Einfindung findet Aufnahme. Wir bitten  
aber um etwas Geduld.  
Billingen. Der Artikel, der uns vorliegt, ist ungefähr 150  
Zeilen lang. Das erschwert natürlich seine Aufnahme, da durch  
einen solchen Artikel viele andere Notizen verdrängt werden.  
Warum besorgt man nicht unseren Rat, kurze Notizen zu schrei-  
ben, dafür aber öfters den „Volksfreund“ in Anspruch zu neh-  
men?! Der Artikel erscheint am Freitag.  
Freiburger Bauarbeiter. Sie sind ein Gemütsmenschen! Lesen  
Sie die Billinger Briefkastennotiz und dann verstehen Sie, war-  
um wir den ungemüht genrateten Artikel: „Gewerkschaftliche  
Unternehmungen im Freiburger Baugewerbe“ nicht auf einmal  
zum Abdruck brachten.

**Wasserstand des Rheins.**

Mittwoch, den 8. Januar, morgens 6 Uhr:  
Schäufersinsel 0.95, Stillstand, Regl 1.48, Stillstand,  
Magau 2.88, gest. 2 cm, Mannheim 1.92, gef. 16 cm.  
(Schluß des redaktionellen Teils.)

**Geschäftliches.**

Ein schweres Verbrechen begehen viele an ihrer Gesund-  
heit, durch allzureichlichen Genuß aufregender Getränke, wozu  
auch der Bohnenkaffee gehört. Derselbe sollte von Kindern und  
nervenschwachen Menschen gar nicht und von gesunden Erwachsenen  
nur mit Zusatz von Malzstosse getrunken werden. Als solcher  
eignet sich am besten Marke „Eitel“, Malzstosse der H. K. B. H.  
Malzstossefabrik Schillingheim i. G., weil derselbe mit außer-  
ordentlich aromatischem Geschmack, hohe Nährkraft und Bestimm-  
lichkeit verbiendet.

**Carl Steinbach**  
Ebdlinzenstrasse 36  
Kein Laden.  
empfehlen



**Nähmaschinen,**  
Lang-, Schwing- und Ring-  
schiffe und Zentral-Obin mit  
Einklappung, bei langjähr.  
Garantie, sowie günstige  
**Teilzahlung.**  
Reparaturen schnell u. billig.

**Lieferung v. Sandstein-  
Pflastersteinen.**  
Die Lieferung von ca. 410 qm  
Sandsteinpflastersteinen soll ver-  
geben werden.  
Schriftliche Angebote sind ver-  
schlossen und mit entsprechender  
Aufschrift versehen bis  
**Freitag, den 24. Januar,**  
vormittags 10 Uhr,  
beim Tiefbauamt eingereichen,  
woselbst die Bedingungen zur  
Einkaufsausschreibung und Angebots-  
formulare abgegeben werden.  
Mit dem Angebot ist ein  
Kaufvermerk, sowie ein Zeugnis  
über die Druckfestigkeit des an-  
zubietenden Materials vorzu-  
legen.  
Karlsruhe, den 8. Januar 1908.  
Städtisches Tiefbauamt.

**Schleidermacherin**  
nimmt  
Schneid-  
arbeit an. Werderplatz 33, 2.

**Frisch eingetroffen**  
ein neuer direkter  
Waggon

**Orangen**  
süße Frucht  
großmittel 3 Stück  
**10 Pfg.**  
Duzend **38 Pfg.**  
große per Stück **5 Pfg.**  
Duzend **55 Pfg.**  
158 Ferner:

**Mandarinen**  
per Stück **5 Pfg.**  
Duzend **55 Pfg.**

**Dresdener  
Lebkuchen**  
feinste, m. Schokoladenguss  
Stück **5 u. 10 Pfg.**  
empfehlen

**Pfannkuch & Co.**  
G. m. b. H.  
Telefon 460.  
in den bekannten Ver-  
kaufsstellen.

**Reparaturen**  
von  
Fahrrädern u. Nähmaschinen  
werden prompt und billig aus-  
geführt bei 159

**K. Hartung & E. Rüter**  
Marienstraße 58.  
Sämtliche Ersatzteile und  
Pneumatik auf Lager.  
Vertreter der  
Göricke Wetzfalen-, Weil-  
Victoria- und Stahl-fabrik-  
werke.  
Bequeme Zahlungsbedingungen.  
Fahrräder von Mk. 75 an  
Nähmaschinen „ „ 25 „

**Hauschuhe**  
werden billig verkauft 161  
Nähburg, Rheinstr. 6, 2.  
**Möbl. Zimmer**  
billig zu vermieten.  
Durlacher Allee 26, 5. St.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.**  
Geburten vom 29. Dez. bis 5. Januar: Josef, Vater  
Johann Ritter, Schirmmacher. — Hertha Sofie, Vater Adam  
Schleicher, Postsekretär. — Herbert Theodor, Vater Hermann  
Dörflinger, Kaufmann. — Anton Ludwig, Vater Anton Siegel,  
Gasarbeiter. — Elisabeth Amalie Lydia, Vater Emil Pfaff,  
Badermeister. — Otto Alfons, Vater Heinrich Lang, Metzger-  
meister. — Wilhelm Karl, Vater Gustav Göb, Schuhmacher. —  
Ludwig Wilhelm, Vater Franz Dohnerl, Wagenführer. — Vi-  
toria Luise Pauline, Vater Hermann Häuhler, Schneider. —  
Gerwin Fridolin, Vater Fridolin Kern, Schmied. — Karl Wil-  
helm Heinrich, Vater Wilhelm Heinz, Kaufmann. — Elsa Frieda,  
Vater Karl Riefer, Fabrikarbeiter. — Johanna Frieda, Vater  
Adolf Kallner, Ladierer. — Bernhard, Vater Rudolf Fuhs,  
Großh. Baurat. — Ida Mathilde, Vater Franz Mayer, Zeichner.  
— Rudolf Ludwig Heinrich, Vater Ludwig Raupp, Badermeister.  
— Alfred Philipp, Vater Philipp Kappeler, Fabrikarbeiter. —  
Karl, Vater Wilhelm Heuser, Fabrikarbeiter. — Mathilde, Vater  
Mathias Göbel, Steinhauer. — Marie, Vater Heinrich Schöple,  
Schlosser. — Elisabeth, Vater Eduard Bibus, Mechaniker. —  
Jenna Gertrud, Vater Wilhelm Wolf, Mechaniker. — Frieda  
Mina, Vater Franz Ceiler, Wagenführer. — Nikola, Vater

1 Nähmaschine, neu  
1 Schneidernähmaschine  
wenig gebraucht, sowie  
1 neues Piano  
(kreuzsaitig) hat im Auftrag zu  
verkaufen 188.8

**Heinrich Karrer**  
An- u. Verkaufsinstitut  
Feuerficheres Lagerhaus  
Philippstr. 19 Tel. 1659.

**250 Meter**  
Herrenkleiderstoffreste  
darunter circa 100 Meter  
Winterpaletstoffreste  
welche wegen vorgerückter Saison  
zu enorm billigen Preisen abgege-  
ben.  
Karlsruhe 180  
Kaiserstraße 93, 1 Tr.

Salvatore Cocozza, Händler. — Margarethe Toni Hedwig, Vater  
Franz Franz, Großh. Oberamtmann. — Hedwig Lina, Vater  
Bernhard Schmalz, Fabrikarbeiter.  
Cheaufgebote vom 2. Jan.: Georg Hennig von Neu-  
markt, Weigener hier, mit Elise Etier von Weigenburg. —  
Johann Dornfeld von Helmsheim, Jementeur hier, mit Luise  
Fries Witwe von hier. — Wilhelm Conrad von Kleinweidelbach,  
Steinhauer hier, mit Frieda Wenner von hier. — Jakob Bötsch-  
mann von Dittelsberg, Tagelöhner hier, mit Elisabeth Fuhs Witwe  
von Mannheim.  
Eheschließungen vom 4. Jan.: Wilhelm Hertel von  
hier, Maschinenarbeiter hier, mit Katharina Scherer von Busen-  
bach. — Georg Berg von Lörach, Finanzbuchhalter in Bretten,  
mit Anna, gesch. Hebel, geb. Neuert von hier. — Oskar Grimm  
von Planfenloch, Tagelöhner hier, mit Luise Kreßler von Bretten.  
— Wilhelm Schrod von Schillingen, Schneider hier, mit Eliza-  
betta Lang von Hilsbach. — Josef Bechtold von Ottersweier,  
Mechaner hier, mit Anna Strickfaden Witwe von Waldprecht-  
weiler. — Anton Weg von Gemau, Bremser hier, mit Karolina  
Schäfer von Mingsheim.  
Todesfälle vom 1.—5. Jan.: Christian Dehler, Waga-  
ner, ein Chemann, alt 59 Jahre. — Luise, alt 18 Tage, Vater  
Albert Schleifer, Tischreher. — Franziska Weder, alt 68 Jahre,  
Witwe des Privatiers Theodor Weder. — Rosine Schöff, alt  
65 Jahre, Witwe des Tagelöhners Christian Schöff. — Frieda,  
alt 5 Monate 13 Tage, Vater Adolf Fränkle, Kellner. — Christof  
Arheidi, Bahnwart, ein Chemann, alt 58 Jahre. — Albert Kie-  
fer, Kassendiener, ein Witwer, alt 65 Jahre. — Gottfried Nagel,  
Landwirt, ein Chemann, alt 45 Jahre. — Josef, alt 5 Monate  
23 Tage, Vater Josef Weiler, Gastwirt. — Hermine, alt 6 Mo-  
nate 7 Tage, Vater Stefan Koreimann, Schneider. — Dora  
Specht, ohne Gewerbe, ledig, alt 22 Jahre. — Friederike För-  
derer, alt 30 Jahre, Ehefrau des Schlossers Emil Förderer. —  
Erwin, alt 28 Tage, Vater Friedrich Wenner, Schlosser. — Karl  
Junfer, Krankenassistentkontrollur, ein Chemann, alt 69 Jahre.  
— Karl Keller, Landwirt, ein Chemann, alt 59 Jahre. — Josefa  
Kiehel, alt 68 Jahre, Witwe des Bahnwarts Jakob Kiehel. —  
Karoline Böhringer, alt 72 Jahre, Ehefrau des Privatiers Wil-  
helm Böhringer. — Gertrud, alt 1 Monat 27 Tage, Vater Jakob  
Weder, Bahnarbeiter. — Rosa, alt 10 Jahre, Vater Philipp  
Münstel, Schmied. — Johanna Hoffarth, alt 78 Jahre, Witwe  
des Holzdehlers Johann Hoffarth. — Wengel Ratfische, Direkto-  
r a. D., ein Chemann, alt 60 Jahre. — Wilhelm Benz, Großh.  
Bureau-Assistent, ledig, alt 63 Jahre. — Karl Mehang sen.,  
Zimmermeister, ein Chemann, alt 66 Jahre. — Emma Reiß,  
alt 58 Jahre, Witwe des Kaufmanns Ludwig Reiß. — Albert  
Schönagel, Schuhmacher, ein Chemann, alt 56 Jahre. — Fri-  
e alt 8 Tage, Vater Wilhelm Schmitt, Kutscher.

Dienstag den 7. cr. beginnend

veranstalten wir nach beendeter

Nur solange Vorrat!

# Inventur und Umzug Gesamt-Räumungs-Verkauf

Es kommen während dieser Verkauf-tage aus allen Abteilungen Waren zu konkurrenzlos billigen Preisen zum Verkauf, um mit dem vorhandenen Lager möglichst zu räumen.

## Nachstehend einige Beispiele:

Ein Posten	<b>Kleider-Velours,</b>	moderne Muster	Serie 1	2	Ein Posten	<b>Blusenseide</b>	in Chiné, Streifen u. kariert, zum Aussuchen, Wert bis 6.50	Serie 1	Serie 2
Ein Posten	<b>Hemdenflanell,</b>	solide Qualität	Mtr. 34	42	Sämtl. farbige wollene	<b>Kleider- und Blusen-Stoffe</b>	mit	15%	Rabatt
Ein Posten	<b>Bettkatun,</b>	waschechte Ware	Mtr. 29	48	Ein Posten	<b>Betttücher,</b>	weiss mit roter Kante gute Qualität,	Stück	1.10
Ein Posten	<b>Schürzenstoffe,</b>	100 und 120 cm brt.	Mtr. 42	55	Ein Posten	<b>Jacquard-Schlafdecken</b>		Stück	1.95
Ein Posten	<b>Bett-Damast,</b>	180 cm breit, mit Seidenglanz	Mtr. 54	82	Ein Posten	<b>Gläsertücher,</b>	weiss-rot kariert	1/2 Dutzend	1.15
			Meter	78					

<b>Linoleum</b>	bedruckt, Ia. Qualität	Breite	60 cm	67 cm	90 cm	110 cm	130 cm	200 cm
			70	82	1.05	1.50	1.95	2.35

<b>50% Rabatt</b> auf sämtliche Costumes farb. Jackeffs	<b>25% Rabatt</b> auf sämtliche schwarz. Frauen-Paletots Kostüm-Röcke Kinder-Kleidchen	<b>33 1/3% Rabatt</b> auf sämtliche schwarze Frauen-Capes	<b>20% Rabatt</b> auf sämtliche Knaben- Anzüge	<b>25% Rabatt</b> auf sämtliche Teppiche, Cantonieren, Lambrequins	<b>15% Rabatt</b> auf sämtliche Handarbeiten gestickt und vor- gezeichnet.
--	--	--	---	--	--

<b>Wäsche</b>		<b>Wollwaren</b>		<b>Handschuhe - Strümpfe</b>	
Herren-Hemden, bunt	Stück 1.35	Mädchen-Hauben, Tuch u. gestickt	Stück 62	Damen-Handschuhe, schwarz u. farbig, Trikot	Paar 34
Anstands-Rock mit gebog. Volant	1.25	Kinder-Häubchen, Wolle	Stück 45	Damen-Handschuhe, farbig, gestrickt	Paar 52
Haus-Schürze, dunkel gestreift	Stück 92	Kinder-Käppchen, Wolle	Stück 16	Herren-Handschuhe, Krimmer	Paar 62
Reformschürze, Kragenfasson	Stück 1.65	Pullmann-Mützen	Stück 58	Kinder-Fäustel	Paar 16
Kleider-Reformschürze mit Volant völlig weit	Stück 2.65	Zebel Mützen	Stück 22	Frauen-Strümpfe, schwarz	Paar 55
Kinder-Schürzen in versch. Grössen	Stück 88	Kopf-Shwals, Wolle	Stück 42	Kinder-Strümpfe, schwarz und farbig, Grösse 1 bis 4	Paar 52
Ein Posten <b>Damenhemden</b> Achselschluss, mit gest. Koller oder Stickerei-Passe	Stück 98	Herren-Westen, gestrickt	Stück 1.35	Herren-Socken 1/2 Wolle, gestrickt	Paar 58
		Damen-Chenille-Hauben, schwarz	Stück 1.85	Ein Posten <b>Damen- u. Kinder-Filzhüte</b> garniert u. ungarn., zum Aussuchen, Stück	45
		Pelz-Colliers	Stück 78		

# Herm. Schmoller & Cie.

**Raucht Eckstein-Zigaretten! Nr. 5**



Diese rühmlichst bekannte Zigarettenmarke wird auch nach Einführung der Zigarettensteuer in derselben vorzüglichen Qualität u. Handarbeit hergestellt.

Preis: 10 Stück 25 Pfg.

Der enorme Konsum befähigt die Fabrik, die Zigarettenhandlungen stets mit frischer Ware zu versorgen.

Man verlange ausdrücklich:

**Eckstein's Nr. 5**

und prüfe genau, daß jede Zigarette die volle Firma "H. Eckstein & Söhne" nebst Schutzmarke trägt.

Über 1000 Arbeiter.

Vertreter:  
**Wilhelm Lutz, Karlsruhe,**  
Hirschstrasse 90.

**Kartoffeln**  
gelbe  
8 Pfd. 12 Pfg.  
3tr. 320

**Zwiebeln**  
Pfund 6 Pfg.  
10 Pfd. 55 Pfg.  
empfehlen

**Pfannkuch & Co.**  
G. m. b. H.  
Telephon 460.  
In den bekannten Verkaufsstellen.

**Stenografenverein Stolze-Schrey Karlsruhe.**

Wir eröffnen am Freitag den 10. Januar 1908, abends halb 9 Uhr, in unserem Übungslokal, Markgrafenstr. 41 (Seitenbau), einen

**Anfängerkurs**

und laden zur Teilnahme an demselben Damen und Herren freundlichst ein. Das Honorar für den Kurs beträgt inkl. Lehrmittel Mk. 10.—.

Die weite Verbreitung, die unser System bisher, und speziell in den letzten Jahren, gefunden hat, dürften den besten Beweis für die Brauchbarkeit desselben erbringen. Groß reichlicher Erfahrung, die selbst von Sympathisanten anerkannt ist, werden mit unserem System fortlaufend die besten Resultate erzielt, die hauptsächlich in Bezug auf Schreibgeschwindigkeit, bisher von keiner andern Schule übertroffen worden sind.

Gefl. Anmeldungen zur Teilnahme an dem Anfängerkurs werden am Eröffnungsabend entgegengenommen.

**Der Vorstand.**

**Gejangverein Freundschaft Freiburg.**

Am Donnerstag den 9. Januar, abends 8 Uhr, beginnen unsere

**Singstunden**

in der Aula der Oberrealschule (beim Theater-Neubau). Hierzu laden wir Sangeslustige, die unserem Verein beitreten wollen, freundlichst ein.

Unsere Sänger bitten wir um pünktliches Erscheinen.

**Der Vorstand.**

**Haus- und Geschäftsdienere usw. R. Liebegut**

Donnerstag, den 9. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, bei Adrelein, Kaiserstrasse 18:

**Öffentl. Versammlung.**

Tagesordnung:

Die Lage unserer Kollegen im Handelsgewerbe, insbesondere der Sonntagseruhe-Anfrage in Karlsruhe.

Referent: Gauleiter J. Reinmüller-Stuttgart.

Freie Diskussion.

Kollegen! Sorgt für recht zahlreichen Besuch dieser Versammlung.

184

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

**Arbeiter! Abonnieren den Volksfreund**

**Papierhandlung. Zirkel 24.**

**Sämtl. Schulartikel zu billigsten Preisen.**

Ein fleißiges, gesundes **Mädchen**

für Haus- und Küchenarbeit auf Eichmeß gesucht. Lohn 20 M. per Monat.

Frau L. Vayhinger  
Karlsruhe, Arlegstr. 149.

**Schwächlichen**

5255

**Kindern**

gebe man meinen wohlbelumtenen Medicinal-Leberthran oder besser noch meine gut schmeckende Leberthranemulsion

**Apotheker Strauss,**  
Drogerie in Mühlburg.

**Thüringer Wurstwaren!**

Direkter Bezug von Thüringer Hausgeschlächtern. Blutwurst 1/2 95 g, Knackwurst (Salami) 1.25 M., bei 10 kg billiger.

5900 **W. Spermhake, Malenstraße 1a.**

Kein Laden! Bestellung per Postkarte genügt.

Montag den 6. Januar

begann unser

Grosser Inventurverkauf

So lange Vorrat reicht.

In allen Abteilungen werden viele Artikel zu den herabgesetzten Inventurpreisen, teilweise zum Selbstkostenpreis und auch darunter verkauft.

Table with columns for 'Leibwäsche' (Series I-VI) and 'regulär bis 10 Mark'. Includes items like Damen-Hemden, Beinkleider, and Nachtjacken.

Table for 'Korsetts' and 'Handarbeiten'. Korsetts are reduced to 75%, 155, 245, 295, 475. Handarbeiten are 33 1/3% and 50% off.

Glas, Porzellan, Haushalt-Artikel

Large advertisement for household goods including coffee service, porcelain, glassware, and kitchen items. Features a 15% discount on gas lamps and a 10% discount on kitchenware.

Hermann Tietz.

Todes-Anzeige. Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, dass unsere gute Mutter, Großmutter und Tante Sofie Birnbreier, nach längerer Krankheit im Alter von 57 Jahren sanft verschieden ist.

Kaufhaus Badenia, Göthestr. 23 Karlsruhe. Fortsetzung des Konkurs-Ausverkaufs speziell Haushaltungsartikel Glas-, Porzellan-, Eisen-, Blech- und Holzwaren etc. zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Welt-Kinematograph. G. m. b. H. Belehrendes Institut! Eehenswürdigkeit! Theater lebender Photographien! Freiburg i. B., Kaiserstr. 68

Gewerkschaftskartell Karlsruhe. Samstag den 18. Januar, abends 8 Uhr, in der Festhalle Großer Maskenball mit Aufführung: Karlsruher letzte Messe. Preisverteilung: Gruppen- und Einzelpreise.

Konkurs-Verwaltung: Carl Nagel.

Carl Götz Gebelfstr. 11/15, Karlsruhe.